

UFZ-Bericht 02/2013

Nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum unter den Bedingungen von Schrumpfung

Peter Bischoff, Dieter Rink

Peter Bischoff / Dieter Rink



**Nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum
unter den Bedingungen von Schrumpfung**



Kontakt:

p.bischoff.sozio-design@web.de
dieter.rink@ufz.de

Department Stadt- und Umweltsoziologie
Helmholtz Zentrum für Umweltforschung – UFZ
Permoser Strasse 15, 04318 Leipzig, BRD

Inhaltsverzeichnis:

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	4
Vorwort	5
1. Einleitung	5
2. Schrumpfung im ländlichen Raum – Ursachen und Grundverlauf	8
Einheitliches Grundmuster, lokal variierende Verläufe und Prozessstärken	10
Was gehört zum ländlichen Raum?	12
Was zählt zur Daseinsvorsorge?	13
3. Schrumpfung im ländlichen Raum – Problemlagen	15
Leerstand bei Wohn- und Gewerbegebäuden, Perforation der Siedlungsstruktur und Wertverfall ländlicher Wohnimmobilien.....	16
Ausdünnung und teilweise Gefährdung der Nahversorgung	18
Leitungsgebundene Systeme der technischen Infrastruktur als Kostenfalle	19
Rückgang und Ausdünnung der Angebote des ÖPNV	20
Gefährdung einzelner Bereiche der sozialen Infrastruktur und neue Anforderungen.....	22
Rückgang der kommunalen Finanzen.....	23
Schrumpfungsperspektiven und zukünftige Problemlagen.....	24
4. Situation in den untersuchten Modellgemeinden	25
Stadt Hainichen.....	26
Dorfgemeinde Rietschen.....	28
Demographische Schrumpfung in den Modellgemeinden	29
Relativ stabile Entwicklung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge in beiden Modellgemeinden	31
5. Strategien, Handlungskonzepte und Instrumente.....	32
Initiativen und Modellprojekte zu Fragen der Anpassung und Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum	33
Steuerung von Schrumpfung im ländlichen Raum: Ebenen, Akteure und Beteiligungsformen.....	35
Die Rolle der ländlichen Zivilgesellschaft bei der Sicherung der Daseinsvorsorge	38
Nachhaltige Entwicklung unter den Bedingungen von Schrumpfung	43
Grundlegende strategische Gestaltungsprinzipien für den ländlichen Raum.....	44
Wohnen, Siedlungsstruktur und Flächennutzung	45
Nahversorgung	48
Technische Infrastruktur	50
Kinderbetreuung und Schulbildung	53
Gesundheitsversorgung.....	54
Alten- und Behindertenbetreuung und –pflege.....	56
Erreichbarkeit und Mobilität.....	57
Synergien planen und ausbauen	59
7. Diskussion und Ausblick.....	59
8. Literatur und Internetquellen	64

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kreislauf ungesteuerter Schrumpfung (Negativspirale)

Abbildung 2: Stadt Hainichen - Entwicklung der Wohnbevölkerung 1990-2010, Prognose 2025

Abbildung 3: Gemeinde Rietschen - Entwicklung der Wohnbevölkerung 1990-2010, Prognose 2025

Vorwort

Die vorliegende Broschüre entstand auf Anregung und mit finanzieller Förderung der Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Sachsen, AG „Kommune 2030“. Die Stadt Hainichen und die Gemeinde Rietschen haben stellvertretend für andere ländliche Städte und Gemeinden des Freistaates Sachsen an der Untersuchung teilgenommen. Den Bürgermeistern beider Gemeinden, Herrn Greysinger und Herrn Brehmer, gilt ein besonderer Dank für die Unterstützung und hervorragende Kooperation bei der Durchführung der Studie.

1. Einleitung

Die deutsche Wiedervereinigung und der ab 1990 übergangslos einsetzende Transformationsprozess haben in den ostdeutschen Bundesländern einen historisch vergleichsweise einmaligen gesellschaftlichen Umbruch ausgelöst, welcher in kurzer Zeit zu einer fast flächendeckenden De-Ökonomisierung der ostdeutschen Regionen¹ und in Folge quasi zu einer „demographischen Revolution“² mit umfassenden Abwanderungswellen und einem schlagartig veränderten demographischen Reproduktionsverhalten geführt hat.³ Allein in den Jahren 1989 und 1990 verließen etwa 600 Tsd. Menschen Ostdeutschland, in den Folgejahren jährlich zwischen 160 Tsd. bis 200 Tsd. Einwohner. Bis einschließlich 2009 sind so insgesamt etwa 3,6 Mio. Personen aus den ostdeutschen Bundesländern in die westdeutschen Bundesländer verzogen. Trotz der bereits ab 1990 einsetzenden Zuzüge aus den westdeutschen Bundesländern, welche schon ab Mitte der 1990er Jahre ein Niveau von jährlich etwa 120 bis 150 Tsd. Zuwanderern erreicht hatten, verloren die ostdeutschen Bundesländer bis 2009 im Saldo insgesamt etwa 1,1 Mio. Einwohner durch Abwanderung.⁴ Parallel hierzu sank die Geburtenrate in den ostdeutschen Bundesländern bereits im Jahre 1990 quasi schlagartig auf ca. 50 Prozent des vormaligen Niveaus und verblieb auf diesem Stand bis etwa Mitte der 1990er Jahre. Erst in 2010 erreichte das Geburtenniveau in den ostdeutschen Bundesländern in etwa wieder den Stand von 1989.⁵ Spürbar wurden die durch die enormen Abwanderungen und drastischen Geburtenrückgänge verursachten Einwohnerrückgänge zuerst in den ostdeutschen

¹ Vgl. Hannemann 2003

² Siehe Zapf/Mau 1994

³ Vgl. Rink 2010; Häußermann 2008; Herfert 2006; Dienel 2005; Hannemann 2003; Zapf/Mau 1994

⁴ Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2012

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt 2012

Städten, wo bis zum Jahr 2000 Einwohnerverluste von bis zu 25 Prozent zu registrieren waren. Die siedlungsstrukturellen Folgen mit stetig zunehmenden Wohnungsleerständen und großflächig aufkommenden Industrie- und Gewerbebrachen waren gravierend und historisch ebenfalls beispiellos. Trotz Verkleinerung und deutlichem Anstieg der Anzahl der Haushalte ⁶ war der Leerstand von Wohnungen in den ostdeutschen Bundesländern bis 2000 bereits auf ca. 1 Mio. Wohnungen aufgelaufen, wodurch erstmalig auch eine zielgerichtete politische Intervention ausgelöst wurde. Es erfolgte die Einsetzung der sog. Lehmann-Grube-Kommission (Kommission 2000), welche eine Bestandsaufnahme der Problemlagen der ostdeutschen Städte vornehmen und Steuerungsvorschläge unterbreiten sollte. Der Bericht der Kommission 2000 fokussierte einerseits bereits auf die Komplexität der Zusammenhänge zwischen ökonomischer, demographischer und siedlungsstruktureller Entwicklung ⁷ und führte andererseits zur fachlichen Etablierung des Begriffes Schrumpfung in Deutschland. Unterstützt wurde die weitere fachliche und zunehmend öffentliche Verwendung des Schrumpfungsbegriffes durch das sich an den Bericht der Kommission 2000 anschließende städtebauliche Programm „Stadtumbau Ost“, durch den im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (i. W. IBA) begonnenen Stadtumbau ⁸ sowie durch das Initiativprojekt „Shrinking Cities“ (2002-2008) ⁹, welches auch auf die zum Teil gravierenden Einwohnerverluste von Städten im globalen Kontext aufmerksam machte. Hieraus erklärt sich, dass sich die öffentlichen, politischen, städtebaulichen und wissenschaftlichen Debatten zum Thema Schrumpfung bis Mitte der 2000er Jahre vorrangig auf Mittelstädte, größere Städte und Großstädte konzentrierten. Mittlerweile liegen zum Thema Schrumpfung in urbanen Räumen eine Vielzahl von Untersuchungen und Förderprogrammen vor, die sich auf verschiedene Aspekte von Schrumpfung, auf Fragen der Steuerung und strategischen Gestaltung beziehen. ¹⁰ Allein für den Stadtumbau Ost wurden in den ostdeutschen Bundesländern bisher etwa 2,7 Milliarden Euro an Fördermitteln ausgegeben. ¹¹

Obwohl der Kernprozess von Schrumpfung, d.h. die durch eine überproportionale Abwanderung und einen überproportionalen Geburtenrückgang ausgelöste kontinuierliche Verringerung von Wohnbevölkerung auch für den ländlichen Raum der ostdeutschen Bundesländer bereits ab Mitte der 1990er Jahre sichtbar wurde, war erst etwa zehn Jahre später eine zunehmende Hinwendung zu und ein steigendes Engagement für die daraus erwachsenden Prob-

⁶ Im Zeitraum 1990 bis 2005 nahm die Anzahl der Haushalte in den ostdeutschen Bundesländern um ca. 8 Prozent zu. Vgl. Kabisch/Steinführer/Haase 2012, S. 118

⁷ Vgl. Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ 2000, S. 5

⁸ Vgl. unter anderem: Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt 2010

⁹ Vgl. Oswalt/Rieniets 2006

¹⁰ Vgl. zusammenfassend Bernt/Haus/Robischon 2010

¹¹ Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) 2012a

lemlagen zu registrieren. Dies betrifft die öffentliche und politische Debatte ebenso wie den Bereich der wissenschaftlichen Forschung. Seit etwa Mitte der 2000er Jahre ist zu beobachten, dass nun auch grundlegende Fragen wie die der strategischen Ausrichtung von Landstädten und Dorfgemeinden an die ökonomischen, demographischen, siedlungsstrukturellen und funktionalen Veränderungen zunehmend in den Mittelpunkt rückten. Mittlerweile sind sowohl auf Bundesebene als auch auf Ebene der Bundesländer eine Reihe von Förderprogrammen und Modellprojekten ins Leben gerufen worden, die sich explizit mit strategischen Fragen der Anpassung der Siedlungsstruktur sowie einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge mit dem Ziel einer langfristigen Sicherung der Lebensqualität in ländlichen Räumen, oft mit ausdrücklich erwünschter experimenteller Ausrichtung beschäftigen.¹² Die Aufmerksamkeit und das Engagement einzelner Bundes- und Landesministerien sowie anderer überregional agierender Akteure im Hinblick auf die zukunftsfähige Anpassung ländlicher Städte und Dorfgemeinden hat sich seit 2010 nochmals verstärkt,¹³ was sich daraus erklärt, dass die durch Schrumpfung verursachten lokalen Problemlagen weiter zunehmen und mittlerweile auch ländliche Städte und Dorfgemeinden der westdeutschen Bundesländer erreicht haben. Besorgnis erregend ist, wie einige aktuelle Untersuchungen aufzeigen,¹⁴ dass viele der verantwortlichen kommunalpolitischen Akteure und Entscheidungsträger den weiter anhaltenden Schrumpfungsprozessen und daraus resultierenden Problemlagen nach wie vor mit einer gewissen Ratlosigkeit, Ohnmacht oder Hilflosigkeit gegenüber stehen. Nicht selten gelten die aus den Wachstums- und Stabilitätsperioden bekannten und genutzten Strategien und Instrumente immer noch als einziger Ausweg aus dem „Schrumpfungskreislauf“. Oder die mit Schrumpfung verbundenen Problemlagen werden aus politischen oder kommunalpolitischen Gründen „klein geredet“ oder gar nicht erst thematisiert, um Verunsicherungen auf Seiten der Bürger und Auseinandersetzungen zu vermeiden. Letztlich ist auch zu registrieren, dass Modellprojekte zu Fragen der Anpassung ländlicher Städte und Gemeinden oftmals noch nicht die erwarteten Wirkungen im Sinne von Nachhaltigkeit erzielen. Die politische, kommunalpolitische und wissenschaftliche Auseinandersetzung zu Fragen der zukunftsfähigen Anpassung ländlicher Städte und Gemeinden an die durch Schrumpfung veränderten Rahmenbedingungen ist im vollen Gange, abschließende Antworten können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erwartet werden.

¹² Vgl. unter anderem: BMVBS 2009; Sächsisches Staatministerium des Innern (SMI) 2011, S. 26; MORO Modellprojekt Lommatzscher Pflege 2006

¹³ Vgl. unter anderem: BMVBS 2011 und 2012b; Bundesministerium des Innern (BMI) 2012; vgl. für den Freistaat Sachsen: Sächsische Staatskanzlei 2010 und 2011; SMI 2011; Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaates Sachsen (LfULG) 2010a und 2010b; Sächsischer Städte- und Gemeindetag (SSG) 2012

¹⁴ Vgl. unter anderem: Steinführer/Kupper/Tautz 2012; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2011a; Krajewski 2010

Das Anliegen der vorliegenden Broschüre besteht deshalb darin, die kommunalpolitischen Akteure der Städte und Gemeinden des ländlichen Raumes in Sachsen für das Thema Schrumpfung und die durch Schrumpfung verursachten Problemlagen weiter zu sensibilisieren. Dazu sollen die wichtigsten Ursachen und Zusammenhänge von Schrumpfung als einem komplexen, mehrdimensionalen Prozess genauer erläutert werden. Wenngleich viele der hierbei referierten Ergebnisse auf den ersten Blick nicht gerade ermunternd erscheinen, besteht kein Anlass, Schrumpfung als schicksalhafte Bedrohung zu betrachten, welcher die ländlichen Kommunen quasi schutzlos ausgeliefert sind. Wie im zweiten Teil der Broschüre gezeigt werden soll, ist Schrumpfung zugleich auch eine Entwicklungschance mit einer Vielzahl strategischer und operativer Gestaltungsoptionen. Die vorliegende Broschüre will mit besonderem Blick auf die Gestaltung und zukunftsfähige Anpassung von zentralen Bereichen der Siedlungsstruktur und der Daseinsvorsorge an die fortlaufenden Prozesse und Herausforderungen von Schrumpfung sowie mit Bezug zum aktuellen Stand der politischen und wissenschaftlichen Debatte grundlegende Empfehlungen und Mut machende Anregungen geben. Punktuell wird hierbei auch auf Einzelprojekte und Einzellösungen verwiesen, welche bereits mit Erfolg in bestehende strategische Konzepte eingebunden sind.

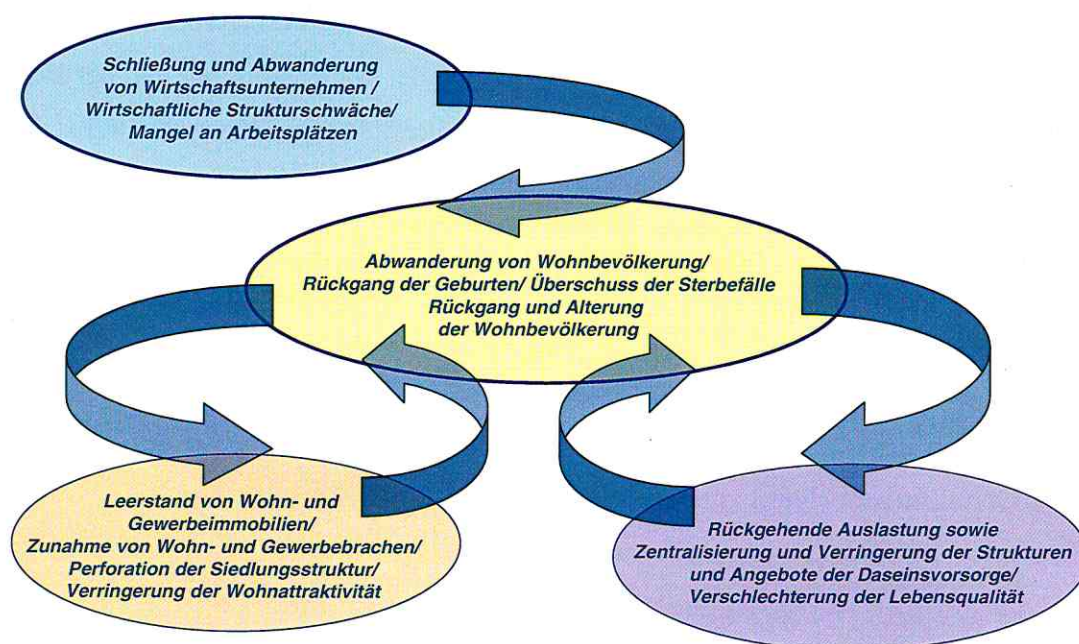
2. Schrumpfung im ländlichen Raum – Ursachen und Grundverlauf

Zum Begriff der Schrumpfung, welcher anfänglich vor allem mit Blick auf die Entwicklungen in urbanen Räumen aufkam, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Im öffentlichen und politischen Kontext wird der Begriff nach wie vor zumeist als Synonym für den demographischen Wandel in Richtung eines durch Abwanderung und Geburtendefizite ausgelösten kontinuierlichen Bevölkerungsrückganges und der in Folge zu beobachtenden Alterung von Wohnbevölkerung verwendet. Auch in der wissenschaftlichen Forschung herrscht hierzu keine einhellige Meinung. Eine zunehmende Zahl von Wissenschaftlern, zu denen sich auch die Autoren des vorliegenden Handbuches zählen, vertreten die Auffassung, dass der Schrumpfungsbegriff nicht auf den demografischen Prozess reduzierbar, sondern auch auf die ökonomische, siedlungsstrukturelle und funktionale Entwicklung einer Stadt oder Dorfgemeinde anzuwenden ist.¹⁵ Auf der Grundlage eines solchen komplexen Begriffsverständnisses ist Schrumpfung als **mehrdimensionaler Prozess** zu beschreiben, welcher auf verschiedenen Ebenen verläuft und einerseits gekennzeichnet ist durch einen mehr oder weniger kontinuierlichen Rückgang der

¹⁵ Vgl. unter anderem: Weber 2011a; Liebmann/Kühn 2010, S. 225 und 227

regionalen und lokalen Wirtschaft sowie der lokalen Wohnbevölkerung, andererseits und in Folge durch zunehmende Ungleichgewichte und Einschränkungen in der lokalen Siedlungsstruktur sowie bei den lokalen und regionalen Funktionen (Daseinsvorsorge) einer Stadt oder Dorfgemeinde, welche die weitere Abwanderung von Wohnbevölkerung auslösen oder beschleunigen können. Verläuft dieser Prozess quasi im Selbstlauf, d.h. ohne adäquate kommunalpolitische Intervention und Steuerung, wird in der Literatur deshalb zu Recht von einer sog. **Schrumpfungsspirale** bzw. **Negativspirale** gesprochen ¹⁶ (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Kreislauf ungesteuerter Schrumpfung (Negativspirale)



Quelle: Bischoff/ Rink, UFZ Leipzig 2012 in Anlehnung an Weber 2011

Im Detail stellen sich der Gesamtprozess von Schrumpfung und die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Teilebenen wie folgt dar: Auf der Ebene der Wirtschaft wird der Prozess in der Regel ausgelöst durch den Wegfall bzw. die Verringerung von lokalen und regionalen Arbeitsplätzen in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft. Mit zeitlicher Verzögerung führt dies in der Regel zur Abwanderung von erwerbsfähiger Wohnbevölkerung bzw. zu einer ausbleibenden Zuwanderung von neuen Einwohnern und damit letztlich zum Rückgang der Wohnbevölkerung insgesamt. Der Prozess der demographischen Schrumpfung wiederum

¹⁶ Vgl. unter anderem: Weber 2011a und b; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2011a, S. 8; Hahne 2009, S. 3/4

wird in der Regel durch über Jahre anhaltende Geburtendefizite verstärkt, die auf die Abwanderung fertilitätsfähiger Wohnbevölkerung und auf das allgemein veränderte Reproduktionsverhalten der Wohnbevölkerung zurückgehen. Abwanderung vornehmlich jüngerer Bevölkerungsgruppen und Geburtendefizite haben vor dem Hintergrund einer allgemein steigenden Lebenserwartung wiederum die zunehmende Alterung und damit eine deutlich veränderte Struktur der lokalen Wohnbevölkerung als einem weiteren typischen Kennzeichen demographischer Schrumpfung zur Folge. Die über einen längeren Zeitraum anhaltenden ökonomischen und demographischen Schrumpfungsprozesse wiederum münden zwangsläufig in Veränderungen der Siedlungsstruktur, die sich in zunehmenden Leerstand von Wohn- und Gewerbegebäuden niederschlagen. Gleichzeitig führt der Rückgang von Wohnbevölkerung zu einer verringerten Auslastung der technischen und sozialen Infrastruktur, zu einem kontinuierlichen Rückgang von Strukturen und Angeboten im Bereich der Nahversorgung und der lokalen Dienstleistungen, zur Erosion sozialer Netze und Unterstützungsnetzwerke und damit letztlich zu einer Gefährdung zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge insgesamt. Verstärkt wird der Prozess der Einschränkung der Funktionen einer Stadt oder Dorfgemeinde durch den Rückgang kommunaler Einnahmen und in Folge dessen durch ausbleibende Investitionen in die kommunale bzw. öffentliche Infrastruktur.

Einheitliches Grundmuster, lokal variierende Verläufe und Prozessesstärken

Das dargestellte Grundmuster von Schrumpfung lässt sich auf die überwiegende Mehrheit schrumpfender Städte und Dorfgemeinden des ländlichen Raumes übertragen. Wie an Hand der hier berücksichtigten Untersuchungsergebnisse, aber auch an Hand der beiden untersuchten Modellgemeinden dennoch erkennbar wird, können die Teilprozesse von Schrumpfung lokal in jeweils unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Stärke verlaufen und dadurch zu lokal variierenden Problemlagen führen. Besonders deutlich wird dies im Vergleich ländlicher Städte und Dorfgemeinden der ostdeutschen und westdeutschen Bundesländer, aber auch im Vergleich von ländlichen Städten und Dorfgemeinden in dicht besiedelten Regionen einerseits und dünn besiedelten Regionen andererseits.¹⁷

Einzelne Studien verweisen so zum Beispiel auf eine neuerdings zu beobachtende Prägung demographischer Schrumpfungsprozesse durch den jeweiligen ländlichen Siedlungstyp (länd-

¹⁷ Vgl. unter anderem: Steinführer/Kupper/Tautz 2012; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2011a; BMVBS 2009

liche Kleinstadt, Dorfgemeinde, kleine dörfliche Orte). So stellt die Untersuchung des Sächsischen Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie heraus,¹⁸ dass sich für einzelne ländliche Siedlungstypen unterschiedliche Wanderungsmuster abzeichnen, die zugleich eine deutliche Alters- und Geschlechterspezifität aufweisen. Untersucht wurden hierbei ländliche Kleinstädte im Freistaat Sachsen, die über eine Kernstadt und weitere dörfliche Ortsteile verfügen sowie Dorfgemeinden mit einzelnen Ortsteilen. Für beide Siedlungstypen sind danach die typischen, d.h. starke Abwanderungsverluste bei jungen Einwohnern (15-29 Jahre) zu verzeichnen, die sich in ihrer Ausrichtung nach wie vor auf die westdeutschen Bundesländer und zunehmend auch auf ostdeutsche Agglomerationsräume konzentrieren. In den untersuchten ländlichen Kleinstädten sind darüber hinaus dagegen zunehmend Zuzüge von älteren Bewohnern aus den ländlichen Ortsteilen der Kleinstädte zu beobachten, für welche die Nähe zu Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen offensichtlich ein wichtiges Zuzugsmotiv darstellt. Aufgrund der Überlagerung der Abwanderung junger Einwohner aus den Kernstädten, des Zuzugs vor allem älterer, oft hoch betagter Einwohner aus den zur jeweiligen Kernstadt gehörenden ländlichen Ortsteilen sowie der insgesamt niedrigen Geburtenrate unterliegen die Altersungsprozesse in den ländlichen Kleinstädten nach Ansicht der Autoren dieser Studie einer insgesamt stärkeren Dynamik: „Die Kernstädte altern doppelt“.¹⁹ In den ländlichen Dorfgemeinden und Ortsteilen ist aufgrund der Abwanderung vor allem junger Frauen dagegen zunehmend ein Übergewicht männlicher Einwohner zu registrieren.²⁰

Die Abwanderung vornehmlich junger Wohnbevölkerung und die damit verbundene Veränderung der Bevölkerungsstruktur in Richtung einer fortschreitenden Alterung der Wohnbevölkerung oder einer disproportionalen Geschlechterverteilung sind als Schlüsselprozesse ländlicher Schrumpfung einzustufen, weil sie auf siedlungsstruktureller sowie auf funktionaler Ebene (Strukturen der Daseinsvorsorge) spezifische Problemlagen und Anpassungsanforderungen nach sich ziehen.

¹⁸ Vgl. Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaates Sachsen (LfULG) 2010a

¹⁹ Siehe ebenda, S. 57

²⁰ Vgl. ebenda, S. 57

Was gehört zum ländlichen Raum?

Der Diskurs zum Begriff „ländlicher Raum“ kann im Rahmen der vorliegenden Broschüre nicht im Detail dargestellt werden, dennoch soll auf einige wichtige Fragen verwiesen werden, die in diesem Zusammenhang und im Hinblick auf Fragen der Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum von Bedeutung sind.

Zum einen lässt sich konstatieren, dass der Begriff „ländlicher Raum“ oftmals sowohl im Rahmen der hier berücksichtigten Untersuchungen und Modellprojekte als auch in den analysierten Strategiepapieren des Bundes und der Länder relativ voraussetzungslos, d.h. ohne genaue begriffliche Abgrenzung verwendet wird.

Zum anderen ist festzuhalten, dass die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (i. W. BBR) in 2005 eingeführten und seitdem verwendeten Raumkategorien wie Verdichtungskern, Verdichtungsraum, Verdichtungsrandzone, gering verdichteter Raum, dünn besiedelter Raum und sehr dünn besiedelter Raum keine eindeutige Zuordnung kommunaler Siedlungen zu ländlichen versus urbanen Räumen erlauben.²¹ Das dem BBR angegliederte Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (i. W. BBSR) hat vor diesem Hintergrund in 2010 neue Raumkategorien (Raumstrukturtypen) eingeführt, die in gewissem Umfang eine eindeutige Zuordnung ermöglichen. Die hierbei zu Grunde gelegten Unterscheidungskriterien sind die jeweils vorherrschende Siedlungsstruktur, welche nach Bevölkerungsdichte und Siedlungsflächenanteil bestimmt wird, sowie die Lage der Siedlung, welche sich aus der potenziell erreichbaren Tagesbevölkerung ableitet.²² Auf dieser Grundlage ergeben sich folgende, mit einander kombinierbare Raumkategorien:

- überwiegend städtisch, teilweise städtisch, ländlich (Siedlungsstruktur)
- sehr zentral, zentral, peripher, sehr peripher (Siedlungslage)²³

Werden diese neuen Raumkategorien zugrunde gelegt, so leben in Deutschland nach Berechnungen des BBSR momentan 18 Prozent der Bevölkerung in ländlich geprägten Gemeinden, welche zugleich etwa 60 Prozent der Gesamtfläche der Bundesrepublik einnehmen.²⁴

²¹ Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2005a

²² Vgl. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2010a

²³ Vgl. ebenda

²⁴ Vgl. BBSR 2010a

Aus unserer Sicht sind auch die neuen raumstrukturellen Kriterien des BBSR nicht ausreichend. Weiterführende Merkmale von Siedlungen im ländlichen Raum sind nach unserer Auffassung:

- (Historische) wirtschaftliche Prägung durch den Primärsektor (Land- und Forstwirtschaft)
- Spezifische naturräumliche Einbettung
- Spezifische soziale Lebensweisen und (kulturelle) Lebensstile

Was zählt zur Daseinsvorsorge?

Der auf Forsthoff zurückgehende, verwaltungswissenschaftliche Begriff der Daseinsvorsorge²⁵ ist in Deutschland eng an das sog. Sozialstaatsprinzip sowie, in gewissem Umfang, an das im Grundgesetz verankerte Leitbild der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse gebunden. Letztlich geht es um die, wenn auch nach wie vor rechtlich nicht eindeutig definierte Verpflichtung des Staates, dafür Sorge zu tragen, dass die „für die lokale Lebensqualität unabdingbaren Einrichtungen, Güter und Dienstleistungen“ jedem Bürger zur Verfügung stehen bzw. zugänglich sind.²⁶ Maßgeblich ist in Deutschland hierbei das sog. Raumordnungsgesetz (ROG).²⁷ EU-weit werden seit 2003 alle „marktbezogenen oder nichtmarktbezogenen Tätigkeiten“ zur Daseinsvorsorge gezählt, „die im Interesse der Allgemeinheit erbracht und daher von den Behörden mit spezifischen Gemeinwohlverpflichtungen verknüpft werden“.²⁸

Innerhalb der politischen, administrativen und wissenschaftlichen Zuschreibungen lassen sich gegenwärtig drei grundlegende Verwendungsweisen des Begriffs unterscheiden: strukturelle, zweck- oder nutzenorientierte sowie programmatische Klassifikationen.

²⁵ Vgl. Forsthoff 1938

²⁶ Vgl. Steinführer/Kupper/Tautz 2012 unter Bezug auf Knorr 2005

²⁷ Vgl. Raumordnungsgesetz (ROG), §1 (Stand: 2008)

²⁸ Vgl. EU-Kommission 270, 2003

Im Rahmen struktureller Klassifikationen werden unter dem Begriff Daseinsvorsorge zumeist folgende Bereiche zusammengefasst:

- Strukturen der Nahversorgung (Einrichtungen des Einzelhandels und Anbieter konsumtiver Dienstleistungen)
- Technische Infrastruktur (Netze, technische Anlagen und Einrichtungen der Wasser,- Strom,- Wärme,- und Gasversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung sowie der Telekommunikation und des Verkehrs)
- Soziale Infrastruktur (Einrichtungen und Angebote der Kinderbetreuung, der schulischen Bildung, der medizinischen Versorgung, der Altenbetreuung und -pflege, der Behindertenbetreuung und -pflege sowie der Kultur)²⁹

Zweck- oder nutzenorientierte Klassifikationen betonen dagegen den unmittelbaren, für die Gestaltung des Lebensalltages unabdingbaren Zweck öffentlicher und privater Einrichtungen und Dienstleistungen und unterscheiden daher folgende Bereiche:

- Konsumtive Nahversorgung
- Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung
- Energieversorgung (Strom,- Wärme,- und Gasversorgung)
- Kommunikationsdienstleistungen
- Mobilität / Erreichbarkeit
- Kinderbetreuung, Schule und Bildungswesen
- Kulturelle Versorgung
- Gesundheitswesen und Altenpflege
- Sicherheit und Gefahrenabwehr (Katastrophenschutz, Feuerwehr, Rettungswesen, Polizei)³⁰

Demgegenüber stehen Klassifikationen, in denen zentrale programmatische Zielstellungen einer adäquaten Daseinsvorsorge hervorgehoben werden, die auf grundlegenden sozialpolitischen Prämissen basieren und die letztlich den politischen Rahmen bilden, in denen sich auch die Ansätze struktureller und nutzenorientierter Klassifikationen bewegen:

- Familienfreundlichkeit

²⁹ Vgl. unter anderem Hahne 2009; Sächsisches Staatsministerium des Innern SMI 2005

³⁰ Vgl. z. B. Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 20 f.; BMVBS 2011

- Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche
- Engagement / Zivilgesellschaft ³¹

Im vorliegenden Handbuch wird sowohl auf die strukturelle als auch auf die zweck- bzw. nutzenorientierte Verwendung des Begriffes zurückgegriffen. Dies hat mehrere Gründe. Zum einen können die Ergebnisse der im Rahmen des Handbuches berücksichtigten Untersuchungen nur in dem begrifflichen Kontext vorgestellt werden, in dem sie ursprünglich verwendet wurden. Zum anderen handelt es sich z. B. bei der strukturellen Definition von Daseinsvorsorge um einen auf kommunalpolitischer Planungsebene seit Jahren verwendeten und somit gut eingeführten Begriff. Zum dritten fokussieren beide Verwendungen berechtigter Weise auf unterschiedliche Aspekte der Daseinsvorsorge, auf die auch im vorliegenden Handbuch eingegangen werden soll: Die strukturelle Verwendung des Begriffes auf unmittelbare, d.h. zumeist materiell-technische Voraussetzungen der Daseinsvorsorge wie Einrichtungen, Gebäude, Anlagen sowie „physische“, d.h. materiell und personell abgesicherte Angebote, die zweck- oder nutzenorientierte Begriffsverwendung auf den Gesamtprozess der Bereitstellung und Nutzenrealisierung.

Darüber hinaus erscheint es mit Blick auf die zweck- bzw. nutzenorientierte Begriffsverwendung sinnvoll, wie von Steinführer et al vorgeschlagenen ³², auch den Zugang zu öffentlichen Verwaltungsdienstleistungen als weiteren wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge aufzunehmen.

3. Schrumpfung im ländlichen Raum – Problemlagen

Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurde, führen ökonomische und demographische Schrumpfungsprozesse zu nachhaltigen Veränderungen der Siedlungsstruktur sowie zu Einschränkungen und zum Teil deutlichen Verschlechterungen in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge. Auf die hieraus resultierenden Problemlagen soll im Folgenden genauer eingegangen werden.

³¹ Vgl. zum Beispiel Bertelsmann-Stiftung 2012

³² Vgl. Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 10

Leerstand bei Wohn- und Gewerbegebäuden, Perforation der Siedlungsstruktur und Wertverfall ländlicher Wohnimmobilien

In ländlichen Klein- und Mittelstädten der ostdeutschen Bundesländer waren bzw. sind die siedlungsstrukturellen Effekte der seit Jahren anhaltenden wirtschaftlichen Strukturschwäche und demographischen Schrumpfung zum Teil in einem drastischem Ausmaß sichtbar und äußern sich in städtischen Leerstandsquoten bei Wohngebäuden von bis zu 17 Prozent³³ sowie in der z. T. enormen Zunahme von Wohn- und Gewerbebrachen. Letztlich war bzw. ist hiermit eine zum Teil erhebliche Perforation der gesamten Siedlungsstruktur der betroffenen Gemeinden verbunden, so dass die allgemeine Wohnattraktivität dieser Orte zum Teil deutlich herabgesetzt wird. Im Unterschied zu Mittelstädten, die in den vergangenen Jahren aufgrund ihrer Größe Fördermittel des Bund-Länder-Programms „Stadtumbau Ost“ bspw. für den Rückbau von leerstehenden Wohn- und Gewerbegebäuden, für die Sanierung leerstehender, historisch wertvoller Gebäude oder für die Aufwertung von Wohn- und Gewerbebrachen in Anspruch nehmen konnten, war es kleineren ländlichen Städten bislang zumeist nicht möglich, die siedlungsstrukturellen „Wunden“ der Einwohnerverluste in diesem Umfang auszugleichen, weil diese Siedlungen zumeist systematisch aus der Städtebauförderung, zu der auch das Programm „Stadtumbau Ost“ gehört, ausgeschlossen sind und die Förderprogramme den Abriss in ländlichen Städten zumeist noch nicht fördern bzw. nur dann, wenn eine Nachnutzung nachgewiesen werden kann.

Etwas anders stellt sich die Situation in dörflichen Siedlungen dar, in denen privates Wohneigentum, im Unterschied zu ländlichen Klein- und Mittelstädten, in der Regel deutlich überwiegt. Wie einige Studien aufzeigen, ist hier kein einheitlicher Trend nachweisbar. Es existieren Dorfgemeinden, in denen faktisch kein bzw. nur ein sehr geringer Leerstand bei Wohn- und Gewerbeimmobilien zu verzeichnen ist, bis hin zu Dörfern, in denen Leerstände bei Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie Wohn- und Gewerbebrachen das Gesamtbild der Siedlungen im größerem Ausmaß negativ beeinflussen und bereits zu deutlichen, d.h. sichtbaren siedlungsstrukturellen Beeinträchtigungen geführt haben.³⁴ Erschwerend kommt bei diesen Dorfgemeinden aus den gleichen Gründen wie bei kleineren ländlichen Städten hinzu, dass öffentliche Fördermittel bspw. für den Rückbau leerstehender Wohn- und Gewerbegebäude,

³³ Vgl. z. B. Wohnungsleerstand in der Stadt Hoyerswerda: <http://www.lr-online.de/regionen/hoyerswerda/Bald-noch-mehr-leere-Wohnungen>; art1060,1014445

³⁴ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 62ff.

für die Sanierung und Umnutzung leerstehender Gebäude oder für die Aufwertung von Wohn- und Gewerbebrachen, nicht bzw. nur in deutlich geringerem Umfang zur Verfügung standen bzw. stehen.

Im Hinblick auf die Einschätzung der Gesamtsituation der siedlungsstrukturellen Folgen der zum Teil gravierenden Einwohnerverluste in Städten und Gemeinden des ländlichen Raums ist insgesamt als problematisch einzustufen, dass belastbare Daten wie bspw. zum (tatsächlichen) Umfang des Leerstandes bei Wohnimmobilien seit Jahren nicht zur Verfügung stehen.³⁵ Eine Verbesserung der Datenlage und damit einhergehende Korrektur des Gesamtbildes wird sich erst nach Auswertung der im Rahmen des ZENSUS 2011 erhobenen Daten der Gebäude- und Wohnungszählung ergeben, welche frühestens ab Frühjahr 2013, komplett ab Anfang 2014 zur Verfügung stehen werden.

Neben den siedlungsstrukturellen Effekten demographischer Schrumpfung verweist eine Reihe aktueller Untersuchungen auf die Effekte im Hinblick auf den ländlichen Wohnungs- und Immobilienmarkt. Für den Bereich des ländlichen Mietwohnungsmarktes werden, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, seit Jahren stagnierende Mietpreise bei Neu- und Wiedervermietungen registriert, die eine rentable Bewirtschaftung von Mietwohnungen erschweren.³⁶ Für den Bereich des ländlichen Immobilienmarktes zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab. So macht das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in seiner Studie sehr deutlich darauf aufmerksam, wie stark die Wertentwicklung bzw. der Wiederverkaufverkaufswert ländlicher Wohnimmobilien von der jeweiligen demografischen Entwicklung ländlicher Städte und Dorfgemeinden beeinflusst wird. Die im Rahmen dieser Studie für das betrachtete Gebiet (Kreis Stendal, Sachsen-Anhalt) analysierten und prognostizierten Wertentwicklungen bei privaten Wohnimmobilien, in diesem Falle von bäuerlichen Gehöften, weisen bei bereits leerstehenden Gehöften einen Wertverlust von bis zu 100 Prozent sowie bei gegenwärtig noch bewohnten Gehöften einen Wertverlust von bis 50 Prozent aus, welche ausschließlich auf den Bevölkerungsrückgang sowie die dadurch ausbleibende Nachfrage zurückzuführen sind.³⁷ Eine kontinuierlich zurückgehende Nachfrage verbunden mit einer entsprechenden Wertverringerung wird mittlerweile auch für ländliche Wohnungs- und Immobilienmärkte in den westdeutschen Bundesländern berichtet.³⁸

³⁵ Die bislang vorliegenden bzw. nutzbaren Daten gehen auf die bundesweite Gebäude- und Wohnungszählung aus dem Jahr 1995 zurück.

³⁶ Vgl. unter anderem: Schürt 2012 sowie Spehl 2011

³⁷ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2011a, S. 62

³⁸ Vgl. Krajewski 2010; Spehl 2011

Immobilien-Unternehmen berücksichtigen bei der Bewertung ländlicher Immobilien deshalb mittlerweile zunehmend auch die demographischen Kennziffern des jeweiligen Immobilienstandortes. Dramatisch ist diese Entwicklung vor allem für jene privaten Eigentümer, welche die eigene Wohnimmobilie als Altersvorsorgereserve mit der Option des Verkaufs geplant hatten.

Ausdünnung und teilweise Gefährdung der Nahversorgung

Die Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen ist ein zentraler Bereich der Daseinsvorsorge. Zur Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen werden in der Regel folgende Bereiche gezählt:

- Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs
- Versorgung mit Post- und Bankdienstleistungen
- Weitere im Ort angebotene Dienstleistungen (bspw. Friseur, Kosmetik)
- Mobile Waren- und Dienstleistungsangebote
- Erreichbarkeit außerörtlicher Versorgungsangebote mit öffentlichen Verkehrsmitteln³⁹

Wie eine Reihe der hier berücksichtigten Untersuchungen feststellt, ist in den Kleinstädten und Dorfgemeinden des ländlichen Raumes in Deutschland, im Besonderen in den ostdeutschen Bundesländern in Folge der ökonomischen und demographischen Schrumpfungsprozesse in den letzten Jahren ein deutlicher Rückgang der Versorgungsstrukturen und -angebote zu registrieren.⁴⁰

Auch hier sind wiederum siedlungsstrukturelle Unterschiede auszumachen: In den ländlichen Kleinstädten ist auf Grund der hier in der Regel bestehenden Funktion als Grundzentrum eine Grundversorgung in den o. g. Bereichen zumeist noch besser gewährleistet als in ländlichen Dorfgemeinden.⁴¹ Wenngleich für Sachsen hierzu keine genauen Daten vorliegen, so ver-

³⁹ Vgl. unter anderem: Hahne 2009; LfULG 2010b; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a; Steinführer/Kupper/Tautz 2012

⁴⁰ Vgl. Hahne 2009, S. 8; LfULG 2010 b; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 34

⁴¹ Vgl. LfULG 2010 b; Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 120

deutlicht der Vergleich mit dem vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in 2011 untersuchten Landkreis Greiz (Thüringen) beispielhaft das bisherige Ausmaß der Verringerung der Strukturen und Angebote der Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs insbesondere in den Dorfgemeinden des ländlichen Raums in Ostdeutschland: Nur noch etwa sieben Prozent der 196 Dörfer des untersuchten Landkreises verfügten zum Untersuchungszeitpunkt über ein Einzelhandelsgeschäft, nur etwa ein Viertel aller Dörfer hatten noch ein Ladengewerbe (Bäckerei/Fleischerei).⁴²

Wie diese und andere Untersuchungen darüber hinaus aufzeigen, werden die zunehmenden Nahversorgungsdefizite in Abhängigkeit vom jeweiligen Sozialstatus bzw. von subjektiven, d.h. sozial und demographisch geprägten Erwartungshaltungen und Handlungsressourcen der Einwohner unterschiedlich kompensiert.⁴³ Auch die seit Jahren registrierbare Zunahme von mobilen Versorgungsangeboten wie bspw. von Bäckereien oder Fleischereien sind letztlich als Anpassungsreaktionen der privaten Anbieter auf veränderte lokale Nachfragesituationen zu interpretieren.

Es bleibt deshalb fest zu halten, dass der Rückgang von Nahversorgungsstrukturen und -angeboten nicht nur eine direkte Folgeerscheinung ökonomischer und demographischer Schrumpfungsprozesse darstellt, sondern, mit Blick auf Wegzugs- und Zuzugsmotive, bereits laufende demographische Schrumpfungsprozesse zusätzlich beschleunigen kann.

Leitungsgebundene Systeme der technischen Infrastruktur als Kostenfalle

Zum Bereich der lokalen technischen Infrastruktur werden die Netze, technischen Anlagen und Einrichtungen der Wasser,- Strom,- Wärme,- und Gasversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung sowie des Verkehrs und der Telekommunikation gezählt.⁴⁴

Mittlerweile besteht eine einhellige Meinung darüber, dass sich die Folgen ökonomischer und demographischer Schrumpfung im ländlichen Raum am stärksten im Bereich der technischen Infrastruktur, hierbei vor allem bei den leitungsgebundenen Systemen der Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung und Energieversorgung niederschlagen bzw. niederschlagen wer-

⁴² Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 40

⁴³ Vgl. LfULG 2010b; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a; Steinführer/Kupper/Tautz 2012

⁴⁴ Vgl. Hahne 2009; BMVBS 2011; Steinführer/Kupper/Tautz 2012

den.⁴⁵ Dies hängt damit zusammen, dass diese technischen Infrastrukturbereiche, z. B. im Unterschied zu sozialen Infrastrukturangeboten nicht variabel, d.h. entsprechend der jeweiligen Nachfragesituation relativ kurzfristig modifizierbar sind und zugleich einen hohen nutz- bzw. verbrauchsunabhängigen Kostenanteil aufweisen, z.B. ca. 80 Prozent der Kosten bei der Trinkwasserversorgung sowie der Abwasser- und Abfallentsorgung.⁴⁶ Hinzu kommt, dass ein Großteil der Netze, Anlagen und Einrichtungen der technischen Infrastruktur, die zumeist seit längerem bestehen bzw. in den ostdeutschen Bundesländern oftmals noch in den 1990er Jahren umfassend saniert bzw. ausgebaut wurden, in ihrer Dimensionierung auf stabile oder wachsende Einwohnerzahlen ausgerichtet waren und z. T. immer noch werden. Darüber hinaus mussten aufgrund des von Seiten der Politik zu Recht über Jahre verfolgten Gleichwertigkeitsgrundsatzes (Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland) und der entsprechenden Rechtsvorschriften sowohl die bereits länger bestehenden als auch die neu errichteten technischen Infrastrukturanlagen an die in urbanen Räumen geltenden Standards angepasst werden, was letztlich weitere Investitionen und Kosten verursacht hat, die von den ländlichen Städten und Gemeinden und deren Einwohnern auch bei weiter rückläufiger Wohnbevölkerung zu tragen sind. Die Beispielrechnungen des Berlin-Instituts verdeutlichen modellhaft den immensen Anstieg der Verbrauchskosten, welcher in kleinen, abgelegenen Dörfern und ländlichen Orten theoretisch erwartet werden kann.⁴⁷

Rückgang und Ausdünnung der Angebote des ÖPNV

Grundlage für Mobilität sind die jeweiligen lokalen und regionalen Verkehrsinfrastrukturen als Teilbereich der technischen Infrastruktur. Hierzu zählen das lokal und regional verfügbare Straßen- und Wegesystem sowie das schienen- und straßengebundene System des ÖPNV. Aufgrund der übergreifenden Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die Erreichbarkeit und Nutzung anderer Bereiche der Daseinsvorsorge wird mittlerweile auch von Erreichbarkeitsinfrastrukturen gesprochen.⁴⁸

⁴⁵ Vgl. unter anderem: Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI), 2005, S. 13 ff; Hahne 2009, S. 3/4 und 12 ff.; Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 54 ff.; Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), 2011, S. 13; Bertelsmannstiftung, 2012, 13 ff.

⁴⁶ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 56

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 58 ff.

⁴⁸ Vgl. BMELV 2011, S. 26

Die große Mehrheit der Bewohner der Städte und Dorfgemeinden des ländlichen Raumes realisiert Mobilität vorrangig über den motorisierten Individualverkehr und damit im straßen- gebundenen Verkehrssystem. Seit 1990 wurden in den ostdeutschen Bundesländern allgemein wie auch in Sachsen eine Vielzahl der Straßen saniert, ausgebaut und teilweise neu gebaut. Insgesamt gesehen kann hier grundsätzlich von einer befriedigenden Ausstattung ausgegangen werden, die zukünftig vorrangig Instandhaltungen erforderlich machen wird.

Anders sehen die Mobilitätsmöglichkeiten im System des ÖPNV aus. In den ostdeutschen Bundesländern wie auch in Sachsen kam es ab 1990 durch das sprunghafte Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs zu drastischen Einschränkungen der Angebote des ÖPNV sowohl im Schienen- als auch im Busverkehr. Weitere Einschränkungen der öffentlichen Mobilitätsangebote waren ab Ende der 1990er Jahre mit der Privatisierung der Deutschen Bahn verbunden, die zu einer umfangreichen Stilllegung von Strecken und Bahnhöfen insbesondere in ländlichen Kleinstädten und Dörfern geführt hat, die bis dahin an das Bahnnetz angebunden waren. Selbst in ländlichen Kleinstädten und Dörfern, die noch über einen Bahnanschluss verfügen, wurde die Weiterfahrt mit öffentlichen Bussen in den letzten Jahren in der Regel durch neue private Angebote substituiert, die nur nach Bedarf oder in großen zeitlichen Abständen fahren. Inwieweit diese Einschränkungen selbst zu Schrumpfungsprozessen durch Abwanderung beigetragen haben, ist bislang nicht untersucht worden. Dennoch hat sich nach Einführung des privaten Wettbewerbs im Schienenverkehr und der damit verbundenen Wiederaufnahme des Streckennahverkehrs durch kleinere private Anbieter gezeigt, dass neue und wieder belebte ÖPNV-Angebote schnell angenommen und zunehmend genutzt werden. Für die im Rahmen der Studie untersuchten Modellgemeinden, welche beide über einen Bahnanschluss verfügen, wurde von den befragten Akteuren die große Bedeutung öffentlicher Mobilitätsangebote insbesondere für Berufspendler hervorgehoben.

In schrumpfenden Gemeinden stellt sich vor dem Hintergrund fehlender bzw. eingeschränkter ÖPNV-Angebote vor allem für die zunehmende Zahl älterer und hoch betagter Einwohner, welche nicht mehr selbst am motorisierten Individualverkehr teilnehmen können, aber auch für einkommensschwache Einwohner, die sich kein privates Kfz leisten können, das Problem der Erreichbarkeit von Strukturen des Daseinsvorsorge, welche nicht oder nicht mehr lokal, sondern nur (noch) regional verfügbar sind. Nicht selten betrifft dies gerade Einrichtungen und Angebote der medizinischen Versorgung oder der Altenpflege und -betreuung. Durch die

Abwanderung vornehmlich junger Einwohner stehen die hierfür genutzten, sozialen und familiären Unterstützungsnetzwerke nicht mehr bzw. nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung.

Gefährdung einzelner Bereiche der sozialen Infrastruktur und neue Anforderungen

Zur sozialen Infrastruktur werden, wie im Kapitel 2 dargestellt, Einrichtungen und Angebote der Kinderbetreuung, der schulischen Bildung, der medizinischen Versorgung, der Altenbetreuung und -pflege, der Behindertenbetreuung und -pflege sowie der Kultur gezählt. An Hand der im Rahmen der vorliegenden Broschüre berücksichtigten Untersuchungen und Modellprojekte lassen sich im Hinblick auf die Entwicklung einzelner Bereiche der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum folgende zentrale Problemlagen zusammenfassen:

- Schließung von lokalen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie schulischen Bildungseinrichtungen und in Folge Verringerung der „Standortqualität“ für junge Familien
- Zunehmende Defizite in der lokalen und regionalen Gesundheitsversorgung aufgrund der zunehmenden Alterung der Ärzteschaft und des damit verbunden Austrittes aus dem Erwerbsleben sowie aufgrund der nach wie vor unzureichenden Bereitschaft junger Ärzte und Ärztinnen, sich in ländlichen Städten und Dorfgemeinden niederzulassen
- Weiter zunehmende Versorgungsdiskrepanzen im Bereich der geriatrischen Gesundheitsversorgung sowie der Altenbetreuung und -pflege aufgrund der Veränderung der demographischen Struktur der ländlichen Wohnbevölkerung in Richtung einer weiteren Alterung (Zunahme der Zahl hoch betagter, geriatrischer Patienten)

Problematisch ist hier zugleich, dass streng genommen weder für die Bundesländer insgesamt noch für den Freistaat Staat Sachsen eine ausreichende Datenbasis zur Verfügung steht, welche verlässliche Rückschlüsse auf die Versorgungssituation im Bereich der sozialen Infrastruktur des ländlichen Raumes und somit einen Gesamtüberblick sowie eine regionale und ortgenaue Bestandsaufnahme und Einschätzung ermöglicht.

Wenig reflektiert wird in den meisten der hier berücksichtigten Untersuchungen und Modellprojekte ferner, dass sich in einzelnen ländlichen Kommunen aufgrund der Abwanderung vornehmlich junger, zumeist höher qualifizierter Einwohner bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei einem Teil der verbleibenden Einwohnerschaft die Kumulation individueller sozia-

ler Problemlagen abzeichnet, die insbesondere mit Langzeitarbeitslosigkeit, Altersarmut und dem Aufwachsen in sozial benachteiligten Familienkontexten im Zusammenhang steht. Die hier quasi neu entstehenden Bedarfe an sozialer Betreuung werden weiterführende Anforderungen an die Gestaltung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum stellen, denen viele ländliche Gemeinden und Landkreise mit den gegenwärtig vorhandenen Strukturen und Angeboten (noch) nicht gewachsen sind.

Als besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang darüber hinaus eine Entwicklung einzuschätzen, die sich nach aktuellen Untersuchungen momentan in einzelnen Kommunen vollzieht, die zumeist in peripheren Regionen der ostdeutschen Bundesländer liegen: Hier werden bestehende Defizite in einzelnen Feldern der sozialen Betreuung mittlerweile von rechten, rechtsextremen bzw. NPD- nahen lokalen Akteuren und Gruppierungen instrumentalisiert.⁴⁹

Rückgang der kommunalen Finanzen

Im Bereich der kommunalen Finanzen bündeln sich faktisch die Auswirkungen der auf den verschiedenen Ebenen verlaufenden Schrumpfungsprozesse. Wirtschaftliche Schrumpfung führt zu rückläufigen Einnahmen der Gemeinden bei der Gewerbesteuer. Wenngleich der durchschnittliche Anteil der Gewerbesteuereinnahmen am kommunalen Finanzhaushalt in den Gemeinden der neuen Bundesländern mit ca. 6 Prozent deutlich unter dem durchschnittlichen Anteil der alten Bundesländern liegt (ca. 13 Prozent), kann die Schließung oder Abwanderung größerer Unternehmen, wie Einzelbeispiele zeigen, eine spürbare Verringerung der verfügbaren kommunalen Finanzmittel mit sich bringen.

Demographische Schrumpfung wiederum kann ab einer bestimmten Größenordnung eine Verringerung von Zuweisungen und damit Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich, welchem unter anderem die jeweiligen Einwohnerzahlen zugrunde liegen, zur Folge haben.

Der Rückgang von kommunalen Finanzmitteln löst wiederum Einschränkungen bei der Wahrnehmung öffentlicher Funktionen und Aufgaben aus, was von ausbleibenden, Bestand erhaltenden Investitionen im Bereich der sozialen und technischen Infrastruktur bis hin zur Verringerung der Angebote der sozialen Infrastruktur reicht. Gleichzeitig verursachen sied-

⁴⁹ Vgl. unter anderem die Ergebnisse des Internationalen Symposiums der *Amadeu Antonio Stiftung*: „Think rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge.“, Greifswald, 25. bis 27. Oktober 2012. <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/think-rural/>

lungsstrukturelle Schrumpfungsprozesse zusätzliche Ausgaben für den Rückbau leerstehender Immobilien oder für Erneuerungs- und Aufwertungsmaßnahmen bei Brachflächen.

Schrumpfungsperspektiven und zukünftige Problemlagen

Von zentraler Bedeutung für die Stabilisierung bzw. weitere Schrumpfung von ländlichen Städten und Gemeinden ist die aktuelle und in Zukunft zu erwartende Altersstruktur der jeweiligen Wohnbevölkerung, wobei insbesondere der Anteil von Einwohnern unter 6 Jahren in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle spielt.⁵⁰ Daneben ist die Nähe zu Zentren mit ausgebildeten Versorgungsstrukturen („Infrastrukturknotenpunkte“) nach Untersuchung des Berlin-Instituts offensichtlich von größerer Bedeutung als die in den Dörfern selbst vorhandenen lokalen Versorgungs- und Dienstleistungsangebote.⁵¹ Eine übergreifende Bedeutung kommt deshalb den sog. Erreichbarkeitsstrukturen (ÖPNV, straßengebundener Individualverkehr) zu. Gleichwohl ist die Nähe zu solchen Zentren keine Gewähr für die demographische Stabilität der Kleinstädte und Dörfer, insbesondere wenn diese Zentren selbst Schrumpfungstendenzen unterliegen.⁵²

Ein weiterer, bisher noch wenig beachteter Faktor, welcher offenbar z. B. in eher kleinen Dörfern und ländlichen Orten in dünn besiedelten Regionen zu Stabilität bzw. teilweise auch zu einem Wachstum von Wohnbevölkerung beiträgt, ist nach Aussagen dieser Untersuchung die landschaftliche Attraktivität eines Dorfes bzw. einer Dorfgemeinde.⁵³

Die Entwicklung und die Problemlagen einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge, sind wie oben gezeigt werden konnte, in hohem Maße durch die Prozesse der ökonomischen und demographischen Schrumpfung ausgelöst und beeinflusst. Gleichzeitig können die Entwicklungsverläufe und Problemlagen einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge ihrerseits weitere Abwanderungen bzw. ausbleibende Zuwanderungen und somit zusätzliche demographische Schrumpfungsprozesse verstärken (Schrumpfungsspirale).

⁵⁰ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 33

⁵¹ Vgl. ebenda, S. 15 und 30f.

⁵² Vgl. ebenda, S. 36 und 42

⁵³ Vgl. ebenda, S. 43

Das Berlin-Institut hat in seiner Studie versucht, das Risiko weiterer Schrumpfung und das damit verbundene Gefährdungspotential ländlicher Kleinstädte und Dörfer für die im Rahmen der Studie untersuchten zwei Landkreise (Vogelsbergkreis, Hessen; Kreis Greiz, Thüringen) Ort genau zu quantifizieren.⁵⁴ Über den prognostischen Wert dieser Quantifizierung kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts gesagt werden, dennoch scheint hervorhebenswert, dass die hierbei einbezogenen Indikatoren wie z. B. Größe des Dorfes, Anteil der unter 18-Jährigen, Fahrzeiten zum nächsten Oberzentrum oder Leerstand im Ortskern sowie die hierzu erstellten Indices zumindest die Kumulation einzelner Problemlagen und das damit verbundene Gefährdungspotential sichtbar werden lassen.

Ohne regional- und kommunalpolitische Gegensteuerung im Sinne einer nachhaltigen Anpassung grundlegender Bereiche der lokalen Daseinsvorsorge ist die Lebensqualität in schrumpfenden Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes in langfristiger Perspektive insgesamt gefährdet.

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung vertritt auf der Grundlage der in 2011 durchgeführten Untersuchung sogar die Auffassung, dass sich vor dem Hintergrund weiterer Einwohnerrückgänge und der damit verbundenen Zunahme der Kostenbelastungen im Bereich der technischen Infrastruktur insbesondere bei sehr kleinen ländlichen Orten bereits „in absehbarer Zeit die Überlebensfrage stellen kann“.⁵⁵

4. Situation in den untersuchten Modellgemeinden

Für die Erarbeitung des vorliegenden Handbuches wurde die Situation in zwei Gemeinden des Freistaates Sachsen exemplarisch untersucht, welche seit über 20 Jahren kontinuierlichen demographischen Schrumpfungsprozessen unterliegen. Ziel der Einbeziehung beider Gemeinden war es zum einen, schrumpfungsrelevante Aspekte der bisherigen Entwicklung sowie bestehende bzw. sich abzeichnende Problemlagen zu erfassen und an den Befunden und Ergebnissen anderer Untersuchungen zu spiegeln. Zum zweiten sollten die in beiden Gemeinden bisher verfolgten kommunalpolitischen Handlungskonzepte im Umgang mit Schrumpfung näher untersucht und bei Eignung in die im Rahmen des Handbuches erarbeiteten strategischen Empfehlungen einfließen. Hierfür wurden, soweit das möglich war, die Gemeindedaten

⁵⁴ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 46 ff.

⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 28

zu Teilbereichen der Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung ausgewertet sowie Experteninterviews mit beiden Bürgermeistern durchgeführt. Drittens sollten beide Gemeinden von den im Rahmen des Handbuches zusammengestellten strategischen Empfehlungen, welche sich auf Lösungsansätze anderer Regionen und Kommunen beziehen, profitieren.

Beide Gemeinden eignen sich für das geplante Anliegen, da sie unterschiedliche ländliche Siedlungsgrößen sowie einen jeweils eigenständigen und zugleich häufig auftretenden ländlichen Siedlungstyp repräsentieren (Ländliche Kleinstadt vs. Dorfgemeinde). In räumlicher Hinsicht sind die beiden Gemeinden nahezu konträren Raumkategorien zuzuordnen, welche in der gegenwärtigen Schrumpfungsdebatte zugleich eine zentrale Rolle spielen (Verdichtungsraum vs. peripherer, dünn besiedelter Raum).

Stadt Hainichen

Die Stadt Hainichen befindet sich im Zentrum des Landkreises Mittelsachsen etwa 20 km nordöstlich der Stadt Chemnitz und damit in der Randzone des Verdichtungsraumes Chemnitz. In der Stadt Hainichen lebten zum letzten Erfassungsstand 8.876 Einwohner (31.12.2010). Zum Stadtgebiet gehört die Stadt Hainichen mit weiteren drei ländlich geprägten Stadtteilen sowie sechs Ortsteilen in ländlicher Lage. Mit den ländlichen Ortsteilen umfasst das Stadtgebiet eine Gesamtfläche von etwa 52 km². Die Stadt Hainichen erfüllt aufgrund ihrer Größe und Lage sowie aufgrund der im Rahmen des Landesentwicklungsplanes (i. W. LEP) erfolgten Einstufung als Grundzentrum in einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge neben den lokalen auch regionale Funktionen.⁵⁶

Die Geschichte der Stadt Hainichen reicht bis in das 12. Jahrhundert zurück. Durch einen Stadtbrand in 1832 wurde ein Großteil der bis dahin bestehenden Wohn- und Gewerbegebäude im heutigen Stadtzentrum vernichtet, so dass die Siedlungsstruktur der Kernstadt zum überwiegenden Teil durch die im 19. Jahrhundert errichteten Wohn-, Gewerbe- und Industriegebäude geprägt ist. Eine Besonderheit besteht in der terrassenförmigen Bebauung der Straßenzüge, welche auf die naturräumlichen Gegebenheiten zurückgeht (Lage an den Seitentälern der Kleinen Striegis sowie ein Höhengefälle von ca. 100 m innerhalb des Stadtgebietes). Im Zentrum befindet sich die historische Altstadt mit einer Vielzahl denkmalgeschützter Ge-

⁵⁶ Vgl. Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen (LEP), Stand: 2003

bäude, welche in den letzten Jahren zum großen Teil über Fördergelder des Bund-Länder-Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ umfassend saniert werden konnten. Hinzu kommen Wohngebiete in den Randlagen des Kernstadtgebietes, die in den 1960er (Ziegelbau) und 1980er Jahren (industrieller Plattenbau) errichtet wurden und gegenwärtig z. T. hohe Leerstände aufweisen.

Bei den zur Stadt Hainichen gehörenden ländlichen Ortsteilen, deren Entstehungsgeschichte ebenfalls bis in das 12. Jahrhundert zurückreicht, handelt es sich mehrheitlich um regionstypisch geprägte Waldhufendörfer mit freistehenden Mehrseithöfen und Hofzeilen sowie neu errichteten, freistehenden Einfamilienhäusern. Ein Ortsteil ist dagegen als Straßendorf einzustufen. Die zu Hainichen gehörenden ländlichen Ortsteile weisen insgesamt gesehen einen hohen Sanierungsstand bei Wohn- und Gewerbegebäuden auf, der vorrangig über private Investitionen realisiert wurde. In diesen Ortsteilen ist weitestgehend kein Leerstand zu registrieren.

Die lokale Wirtschaftsstruktur der Stadt Hainichen, welche bis 1990 vorrangig durch Textilindustrie, Fahrzeugbau sowie Metall- und Holzverarbeitung geprägt war, wird heute durch klein- und mittelständische Gewerbeunternehmen mit unterschiedlicher Branchenzuordnung (Automobilzulieferung, Baugewerbe und andere) sowie durch eine Vielzahl kleinständischer Unternehmen im Bereich Dienstleistung und Handel bestimmt. Trotz der naturräumlichen Vorzüge und vorhandenen touristischen Anziehungspunkte der Stadt und Region Hainichen bietet der Tourismus nach Einschätzung der Stadtverwaltung momentan keine Grundlage für eine lokal bedeutsame Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit.

In den Jahren 1990/1991 sind im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung aufgrund der Schließung bzw. Verkleinerung der ehemaligen Volkseigenen Betriebe (i. W. VEB) in kurzer Zeit insgesamt etwa 2.500 Arbeitsplätze verloren gegangen. Zum letzten Erfassungstand verfügte die Stadt Hainichen insgesamt über etwa 3.500 Arbeitsplätze (31.12.2010), ein lokales Beschäftigungsniveau, welches in den letzten zehn Jahren in etwa stabil gehalten werden konnte. Etwa ein Drittel der ca. 3.300 erwerbstätigen Einwohner der Stadt pendeln täglich zu den Oberzentren Chemnitz (ca. 20 km) und Dresden (ca. 50 km) sowie zum Mittelzentrum Freiberg (ca. 20 km).

Dorfgemeinde Rietschen

Die Geschichte der Dorfgemeinde Rietschen (obersorbisch: Rěčicy) geht bis an das 14. Jahrhundert zurück. Die Gemeinde Rietschen liegt in einer peripheren, sehr dünn besiedelten Region (38 EW/km²) im Norden des Landkreises Görlitz nahe der polnischen Grenze (Entfernung ca. 10 km) und, historisch gesehen, im ehemaligen sorbischen Siedlungsgebiet. In der Gemeinde lebten zum letzten Erfassungsstand 2.671 Einwohner (31.12.2010). Die Gemeinde Rietschen bildet mit der Gemeinde Kreba-Neudorf eine Verwaltungsgemeinschaft mit Sitz in Rietschen. Zur Gemeinde Rietschen gehören sechs Ortsteile, wobei der Ortsteil Rietschen selbst nochmals über vier Orte verfügt. Dennoch handelt es sich bei Rietschen um eine relativ kompakte Dorfgemeinde mit geringen Entfernungen zwischen den Ortsteilen. Die Mehrzahl der Gebäude des Hauptdorfes Rietschen verteilt sich entlang der Bundesstraße 115, womit das Hauptdorf in siedlungsstruktureller Hinsicht eher als Straßendorf einzustufen ist. Im rückwärtigen Bereich des Hauptdorfes sowie in den anderen Ortsteilen dominiert nach wie vor die historisch geprägte Siedlungsstruktur mit Mehrseitenhöfen und freistehenden Einfamilienhäusern. Auf dem Gemeindegebiet und daran angrenzend befinden sich zahlreiche Schutzgebiete (Naturschutz, Landschaftsschutz, Vogelschutz), das Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft sowie Teile des Lausitzer Seenlandes und des europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000. In nord-östlicher sowie nördlicher Richtung ist das Gemeindegebiet vom Tagebau Reichwalde und dessen Fortführungsgebiet umgeben bzw. in Anspruch genommen, welcher nach heutigem Stand bis 2046 betrieben wird.

Die heutige Wirtschaftsstruktur der Gemeinde und angrenzenden Region ist geprägt durch das von der Vattenfall Europe AG unterhaltene Kraftwerk Boxberg, dem ebenfalls von Vattenfall betriebenen Tagebau Reichwalde, durch klein- und mittelständische Unternehmen des Stahlbaues, der Landwirtschaft, Fischerei und Fleischproduktion sowie durch eine Vielzahl kleinständischer Unternehmen im Bereich Dienstleistung und Handel. Die Gemeinde verfügt aufgrund ihrer naturräumlichen Einbettung und der Nähe zu einer Vielzahl touristischer Anziehungspunkte über ein ausgeprägtes touristisches Potential, welches nach Einschätzung der befragten Akteure wirtschaftlich sowie im Hinblick auf die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten einer tragfähigen Erwerbstätigkeit bisher noch wenig bedeutsam ist (Ausnahme: Erlichthof-Siedlung).

Bis 1990 waren in der Gemeinde allein bei den beiden damaligen Hauptarbeitgebern VEB Feuerfestwerke WETRO und VEB Glaswerk Rietschen etwa 700 Erwerbstätige beschäftigt. Beide Werke mussten im Zuge der deutsch-deutschen Wiedervereinigung schließen. Zum letzten Erfassungstand (31.12.2010) verfügte die Gemeinde Rietschen insgesamt über etwa 400 Arbeitsplätze, womit sich die Anzahl der in der Gemeinde verfügbaren Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren nochmals um etwa ein Viertel verringert hat.

Demographische Schrumpfung in den Modellgemeinden

Die im Rahmen der Analyse der Gemeindedaten sowie der Experteninterviews für die Modellgemeinden ermittelten Ergebnisse zur Abfolge und zum Verlauf der Schrumpfungsprozesse bestätigen grundsätzlich das im Kapitel 2 dargestellte Schrumpfungsmodell sowie eine Vielzahl der im Kapitel 3 vorgestellten Problembefunde aus anderen, hier berücksichtigten Untersuchungen, gleichzeitig lassen sich für beide Gemeinden, insbesondere mit Blick auf die gegenwärtig durch Schrumpfung verursachten Problemlagen einige Entwicklungsbesonderheiten ausmachen.

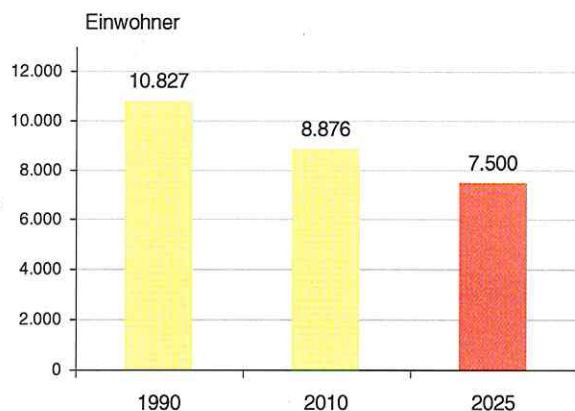
In beiden Gemeinden bildete der mit der deutsch-deutschen Wiedervereinigung 1990 einsetzende Transformationsprozess mit dem schlagartigen Wegbrechen der lokalen und regionalen Wirtschaftsstrukturen, den z. T. drastischen Verlusten lokaler und regionaler Arbeitsplätze sowie der seitdem registrierbaren wirtschaftlichen Strukturschwäche den Beginn der bis heute anhaltenden Schrumpfungsprozesse. Auf demographischer Ebene äußert sich diese Entwicklung wie folgt:

Die Stadt Hainichen verlor im Zeitraum 1990 bis 2010 trotz weiterer Eingemeindungen (1994) jährlich etwa 1,3 Prozent der Einwohner, bis 2010 somit insgesamt etwa ein Fünftel der Einwohnerschaft. Für Rietschen verlief die Entwicklung ähnlich: Hier betrug der jährliche Einwohnerverlust im Zeitraum 1990 bis 2010 etwa 1,5 Prozent, so dass die Einwohnerzahl seit 1990 trotz Gemeindezusammenschluss (1992) fast um ein Viertel (22 Prozent) zurückgegangen ist (siehe Abbildungen 2 und 3).

Nach den für den Zeitraum 2010 bis 2025 vorliegenden Prognosen wird sich der Einwohnerrückgang in beiden Modellgemeinden weiter fortsetzen, wenn auch, im Vergleich zu bisherigen Entwicklung, etwas verlangsamen. Für die Stadt Hainichen wird bis 2025 von einer wei-

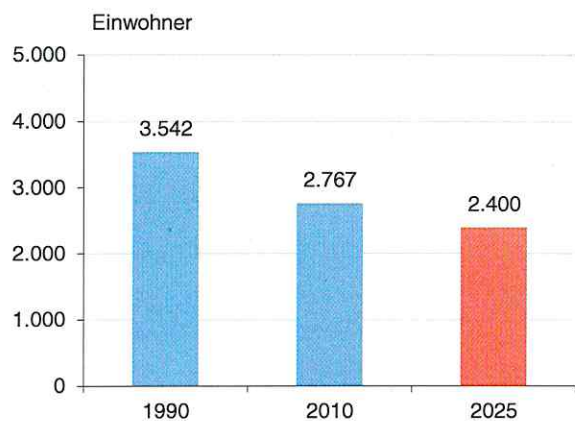
teren Verringerung der Einwohnerzahl um etwa 15 Prozent, für die Dorfgemeinde Rietschen von einer Verringerung der Einwohnerschaft um etwa 13 Prozent ausgegangen (siehe Abbildungen 2 und 3).

Abbildung 2: Stadt Hainichen - Entwicklung der Wohnbevölkerung 1990-2010, Prognose 2025



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Stadtverwaltung Hainichen

Abbildung 3: Gemeinde Rietschen - Entwicklung der Wohnbevölkerung 1990-2010, Prognose 2025



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Gemeindeverwaltung Rietschen

In beiden Gemeinden konzentrierte sich die Abwanderung auf jüngere Bevölkerungsgruppen. Aufgrund der parallel verlaufenden Geburtenverringerung lag der Anteil der unter 6-jährigen Einwohner in 2010 in beiden Modellgemeinden nur leicht über bzw. unter den kritischen Wert von sieben Prozent⁵⁷, so dass in beiden Gemeinden die typischen Begleitmerkmale de-

⁵⁷ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011a, S. 27

mographischer Schrumpfung wie die zunehmende Alterung der Wohnbevölkerung sowie die fortschreitende Umkehrung der Alterspyramide zu registrieren sind.

Relativ stabile Entwicklung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge in beiden Modellgemeinden

Im Rahmen der vorliegenden Broschüre ist eine detaillierte Analyse und Darstellung der in beiden Modellgemeinden durch Schrumpfung verursachten Problemlagen nur in begrenztem Umfang möglich. Mit Blick auf wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge lässt sich für die untersuchten Modellgemeinden folgendes zusammenfassen:

Im Vergleich zu Städten bzw. Gemeinden mit vergleichbarer Größe und ähnlicher räumlicher Zuordnung können für beide Modellgemeinden die im Bereich der Nahversorgung sowie im sozialen Bereich vorhandenen Strukturen, Einrichtungen und Angebote gegenwärtig als überdurchschnittlich und auch in mittelfristiger Perspektive als ausreichend bzw. tragfähig eingeschätzt werden. Für die Stadt Hainichen als Grundzentrum in einem Verdichtungsraum ist dieser Befund grundsätzlich nicht völlig überraschend, für die Gemeinde Rietschen aufgrund der Lage in einer peripheren, sehr dünn besiedelten Region durchaus eher unerwartet.

Einzig im Bereich Schulbildung haben beide Gemeinden aufgrund deutlich rückgängiger Schülerzahlen strukturelle Einbußen hinnehmen müssen. Die Stadt Hainichen musste so in 2004 das bis dahin bestehende Gymnasium schließen, die Gemeinde Rietschen konnte beide Schulen (Grund- und Mittelschule) erhalten, musste aber deutliche Senkungen des Lehrpersonals akzeptieren. Beide Gemeinden versuchen gegenwärtig, die strukturellen Verluste durch innovative Schulentwicklungskonzepte bzw. -vorhaben zu kompensieren (vgl. Kapitel 5).

Eine weitere Besonderheit der beiden untersuchten Modellgemeinden besteht in der überdurchschnittlichen Verkehrsanbindung, dies sowohl im Hinblick auf das straßengebundene Verkehrssystem als auch im Hinblick auf die Anbindung an Systeme des ÖPNV. Die Stadt Hainichen liegt in unmittelbarer Nähe zur Autobahn 4 sowie zur zukünftigen Autobahn 72 und besitzt seit 2004 wieder einen eigenen Bahnanschluss mit einer direkten, stündlichen Bahnverbindung nach Chemnitz (Chemnitzer Citybahn). Gleiches gilt für die Gemeinde Rietschen. Obwohl Rietschen in einer sehr dünn besiedelten Region liegt, verfügt die Gemeinde ebenfalls über eine eigene Bahnstation mit stündlicher Bahnanbindung an Görlitz, Cottbus

und Berlin sowie über regionale, durch einzelne Ortsteile der Gemeinde führende Busverbindungen nach Weißwasser, Niesky und Bautzen sowie die Bundesstraße 115, welche direkt durch den Hauptort führt. Die überdurchschnittliche Verkehrsanbindung beider Gemeinden bildet somit eine wichtige Entwicklungsressource, auf deren Grundlage sich sowohl gegenwärtige als auch zukünftig zunehmende Defizite in einzelnen Bereichen der lokalen Daseinsvorsorge kompensieren lassen.

Mit der Errichtung einer Bürgersolaranlage ist die Gemeinde Rietschen bereits einen ersten Modernisierungsschritt gegangen, welcher sich in innovative Strategien der Anpassung der technischen Infrastruktur einordnet, die im nachfolgenden Kapitel ausführlicher beschrieben werden.

5. Strategien, Handlungskonzepte und Instrumente

Im Folgenden sollen grundlegende Empfehlungen für die strategische Ausrichtung und nachhaltige Gestaltung schrumpfender Städte und Gemeinden des ländlichen Raumes gegeben werden, dies mit besonderem Augenmerk auf die Entwicklung der Siedlungsstruktur sowie auf die Anpassung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge. Punktuell wird hierbei auf Einzelprojekte und Einzellösungen verwiesen, welche bereits mit Erfolg in bestehende strategische Konzepte eingebunden sind. Die Empfehlungen und Verweise auf Einzellösungen sollen den verantwortlichen Akteuren der Städte und Gemeinden des ländlichen Raumes in Sachsen Anregungen für eine nachhaltig tragfähige Anpassung ihrer Kommune an die Entwicklungsanforderungen von Schrumpfung geben.

Wie bereits im Kapitel 1 kurz dargestellt wurde, ist seit etwa Mitte der 2000er Jahre und zunehmend seit Ende der 2000er Jahre sowohl auf Bundesebene als auch auf Ebene der Bundesländer eine verstärkte Hinwendung zu Fragen der strategischen Ausrichtung ländlicher Städte und Dorfgemeinden an die ökonomischen, demographischen, siedlungsstrukturellen und funktionalen Prozesse von Schrumpfung zu registrieren. Dies zum einen in Form explizit demographiebezogener strategischer Leitziele und Programme wie bspw. in Form der sog. Demographiestrategie der Bundesregierung „Jedes Alter zählt“ aus 2012⁵⁸ oder, wie im Freistaat Sachsen, in Form des sog. Handlungskonzeptes der sächsischen Staatsregierung „Den

⁵⁸ Vgl. Bundesministerium des Innern (BMI) 2012

demographischen Wandel gestalten“ aus dem Jahr 2010 ⁵⁹, zum anderen in Form einer Vielzahl auf Bundes- und Landesebene geförderter Initiativen, Modellprojekte und wissenschaftlicher Begleitstudien, auf die im Folgenden genauer eingegangen werden soll.

Initiativen und Modellprojekte zu Fragen der Anpassung und Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

Beispielgebend für Modellprojekte und Initiativen, die sich explizit der nachhaltigen Anpassung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum widmen bzw. widmeten, sind das auf Bundesebene vom BMVBS initiierte und geförderte Modellprojekt „Region schafft Zukunft“ sowie das darauf basierende Modellprojekt „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“, welche vom BMVBS seit 2010 unter der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ zusammengefasst sind. ⁶⁰ Das zum BBR und somit ebenfalls zum Geschäftsbereich des BMVBS zählende Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (i. W. BBSR) hat sich im Rahmen mehrerer Modellvorhaben der Bundesraumordnung (i. W. MORO) ebenfalls bereits frühzeitig mit dem Thema „Demographie und Infrastrukturversorgung“ beschäftigt. Beispiele hierfür sind das vom BBSR in Zusammenarbeit mit dem BMVBS geförderte und in 2009 abgeschlossene, wissenschaftliche Begleitprojekt „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ ⁶¹ oder das zum Beispiel in Sachsen bereits zwischen 2004 und 2006 geförderte Projekt „Lommatzscher Pflege“. ⁶² Seit 2010 wird das Aktionsprogramm MORO ebenfalls im Rahmen der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ des BMVBS fortgeführt.

Hervorhebenswert sind ferner die Initiativen und Projektaktivitäten der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (i. W. DVS), welche der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (i. W. BLE) beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (i. W. BMELV) angegliedert ist und sich im Rahmen des Programms des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (i. W. ELER) unter anderem für die Förderung lokaler Projekte und Vorhaben einsetzt, die sich mit Fragen der Anpassung von Daseinsvorsorge und Siedlungsstruktur im ländlichen Raum beschäftigen. Über die

⁵⁹ Vgl. Sächsische Staatskanzlei 2010

⁶⁰ „Region schafft Zukunft. Demografischen Wandel aktiv gestalten“ - vgl. BMVBS 2009; „Region schafft Zukunft. Ländliche Infrastruktur aktiv gestalten“ - vgl. BMVBS 2012b; „Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Denkanstöße für die Praxis“ - vgl. BMVBS/BBSR 2011

⁶¹ Vgl. BBSR 2009b

⁶² Vgl. MORO Modellprojekt Lommatzscher Pflege, 2006

öffentlich zugängliche Projektdatenbank werden von der DVS seit 2007 diesbezügliche Informationen und Best-Practice-Beispiele bereitgestellt.⁶³ Darüber hinaus wurde an der BLE in 2009 das Sachgebiet „Strukturen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen“ mit der Zielsetzung eingerichtet, im Rahmen wissenschaftlicher Studien die Entwicklungen in ländlichen Regionen vertiefend zu analysieren und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Einen ähnlich ausgerichteten und zugleich zentralen Beitrag zu Fragen der wirtschaftlichen, demographischen und siedlungsstrukturellen Entwicklung leistet seit Jahren die Bertelsmann-Stiftung, anfänglich im Rahmen des „Wegweisers Demographischer Wandel“, nunmehr über das eigens eingerichtete Internetportal „Wegweiser Kommune“. Hierbei werden Städten und Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von über 5.000 Einwohnern, das sind gegenwärtig 2.942 Städte und Gemeinden in Deutschland, wichtige gemeindebezogene Entwicklungsdaten und problemlagenadäquate Handlungsempfehlungen zur Verfügung gestellt.⁶⁴

Darüber hinaus gibt es mittlerweile in allen Bundesländern eine Vielzahl von Initiativen und Projekten, die in unterschiedlichen Förderkontexten und mit breiter inhaltlicher Ausrichtung Fragen der Anpassung der Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge aufgreifen.

Für den Freistaat Sachsen sei hier beispielhaft das von 2004 bis 2006 durchgeführte und vom Sächsischen Innenministerium in Rahmen von MORO geförderte Modellprojekt „Modellregionen Oberlausitz-Niederschlesien und Westerzgebirge“ hervorgehoben.

Seit 2007 existiert im Freistaat Sachsen auf der Grundlage der Förderrichtlinie „Demographie“⁶⁵ ferner ein Förderprogramm, welches explizit Projekte unterstützt, die sich auf lokaler oder regionaler Ebene Fragen der strategischen Anpassung an Prozesse der Schrumpfung und der Erarbeitung konzeptioneller Vorgehensweisen zuwenden.

Als Beispiel einer länderübergreifenden Kooperation zu Fragen der Anpassung an Schrumpfungsprozesse sei abschließend des seit 2011 im Rahmen des sog. mitteldeutschen Demografie-Diologs von Sachsen, Sachsen/Anhalt und Thüringen geförderte Projekt „Länderübergrei-

⁶³ Vgl. Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS): http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/projektdatenbank/?no_cache=1 oder http://enrd.ec.europa.eu/policy-in-action/rdp_view/de/view_projects_de.cfm

⁶⁴ Vgl. Bertelsmannstiftung, <http://www.wegweiser-kommune.de/>

⁶⁵ Vgl. Sächsische Staatskanzlei 2007 sowie Sächsische Staatskanzlei 2012a: <http://www.demografie.sachsen.de/1446.htm>

fende Innovationspartnerschaft: Städtenetzwerk Demografie“ erwähnt, in dem auch ländliche Städte einbezogen sind.⁶⁶

Steuerung von Schrumpfung im ländlichen Raum: Ebenen, Akteure und Beteiligungsformen

Bei der Steuerung von Schrumpfungsprozessen sind mehrere Ebenen zu unterscheiden: Neben der Steuerung auf Bundesebene und auf Ebene der einzelnen Bundesländer, auf die im Rahmen der vorliegenden Broschüre nicht weiter eingegangen werden kann, sind Steuerungsprozesse auf regionaler und lokaler Ebene letztlich entscheidend.

Im Rahmen des vom BMVBS geförderten Modellprojektes „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ wurden Fragen der regionalen Steuerung ländlicher Schrumpfungsprozesse explizit behandelt. Die hier erprobten Steuerungs- und Prozessstrukturen, welche letztlich auf der Basis temporärer Sonderregelungen basierten, waren vorrangig auf die Beteiligung von Akteuren der regionalen und lokalen Verwaltungen ausgerichtet, belegen aber zugleich modellhaft die Notwendigkeit regional abgestimmter Vorgehensweisen bei der Anpassung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge und weisen eine hohe Prozesseffizienz auf. Inwieweit die vom BMVBS empfohlenen Organisations- und Prozessstrukturen auch im „normalen“ regionalen Planungs- und Handlungskontext bestehen können, d. h. ohne zusätzliche Förderung realisierbar sind, hängt einerseits von der Bereitschaft und Kooperationsfähigkeit der jeweiligen Akteure und andererseits von den finanziellen Ressourcen ab, welche für die Etablierung der vorgeschlagenen Strukturen jeweils zur Verfügung stehen. Im Vergleich zu den in urbanen Räumen z.B. im Rahmen des Programms „Stadtumbaus Ost“ etablierten und seit Jahren bestehenden Prozessstrukturen bleibt für einzelne Formen der Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung informeller Sozialakteure im Rahmen der vom BMVBS empfohlenen Organisations- und Prozessstrukturen nach unserer Einschätzung insgesamt noch zu wenig Raum.

Bei den im Rahmen von LEADER bzw. im Rahmen von ELER geförderten regionalen und lokalen Steuerungsstrukturen (Regionalmanagement, Lokale Aktionsgruppen) ist die Einbindung und Beteiligung von Bürgern und sozialen Akteuren zwar explizit vorgesehen und Bestandteil der Förderung, die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, dass sich diese Steuerungs-

⁶⁶ Vgl. Sächsische Staatskanzlei 2012b: <http://www.demografie.sachsen.de/20923.htm>

und Beteiligungsstrukturen aufgrund der bisherigen Förderkulissen von LEADER und ELER insgesamt noch zu wenig auf Fragen der Anpassung ländlicher Städte und Dörfer an Schrumpfungsprozesse beziehen.

In Sachsen werden regionale und lokale Prozesse der Anpassung von Strukturen der Daseinsvorsorge seit 2011 über den sog. Demografietest quasi vorgesteuert, welcher die Ermittlung der „demographischen Tragfähigkeit von raumbedeutsamen Infrastrukturmaßnahmen“ vorschreibt und auch im LEP festgeschrieben wurde.⁶⁷

Zu Fragen der Steuerung von Schrumpfungsprozessen auf lokaler Ebene liegen in Deutschland und insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern für die urbanen Räume mit den größeren Städten und Großstädten mittlerweile sehr umfangreiche Erfahrungen und eine Reihe von Untersuchungsergebnissen vor, welche den Stellenwert von informellen Instrumenten und einer „kommunikativen Steuerung“ verdeutlichen.⁶⁸ Politikwissenschaftliche Untersuchungen heben in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Bedeutung lokal etablierter, sozialer Akteure und die Berücksichtigung spezifischer Interessenkonstellationen sowie die Notwendigkeit der breiten Beteiligung verschiedener sozialer Akteure hervor.⁶⁹ Viele der informellen, sozialen Akteure urbaner Räume sind mittlerweile institutionell verankert und weisen eine hohe Professionalisierung auf.

Insgesamt gesehen sind diese Erfahrungen und Ergebnisse nur in gewissem Umfang auf Fragen der lokalen Steuerung von Schrumpfungsprozessen in ländlichen Räumen übertragbar. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen weisen ländliche Kleinstädte und Dorfgemeinden traditionell andere soziale Akteursstrukturen auf als urbane Räume. Wie an Hand der hier berücksichtigten Untersuchungen und Modellprojekte, zum Teil auch im Rahmen der Untersuchung der beiden Modellgemeinden deutlich wurde, gibt es zum Beispiel außerhalb des jeweiligen Stadt- oder Gemeinderates zumeist nur sehr wenige bzw. keine Akteure, die sich kontinuierlich für grundlegende Fragen der Gemeindeentwicklung interessieren oder engagieren. D. h., dass Fragen der Stadt- und Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum vorrangig von den zuständigen Stadt- und Gemeindeverwaltungen unter Einbeziehung des jeweiligen Stadt- oder Gemeinderates bearbeitet und entschieden werden.

⁶⁷ Siehe Sächsische Staatskanzlei 2011 und Sächsisches Staatsministerium des Innern 2011

⁶⁸ Vgl. Weiske/Kabisch/Hannemann 2005

⁶⁹ Vgl. unter anderem: Bernt/Haus/Robischon 2010; Haller/Altrock 2010; Secret 2012

Zum anderen sind die ländlichen Kommunalverwaltungen bisher nur wenig oder gar nicht mit den Instrumenten und Formen der Einbeziehung und Beteiligung verschiedener (informeller) Sozialakteure vertraut, die in größeren Städten und Großstädten im Zuge des Stadtumbaus bereits eine gewisse Normalität darstellen und dort in politischer Hinsicht mittlerweile als unumgänglich gelten.

Im Rahmen der vorliegenden Broschüre können nur erste Hinweise gegeben werden, welche Formen der Steuerung von Schrumpfung im ländlichen Raum auf lokaler Ebene möglich sind, um auch dort eine stärkere Einbeziehung von Einwohnern und lokalen Sozialakteuren zu erreichen. Ein erster wichtiger Schritt scheint aus unserer Perspektive zu sein, Einwohner und vorhandene lokale Sozialakteure stärker für die Prozesse von Schrumpfung und die damit verbundenen Problemlagen mit dem Ziel zu sensibilisieren, einen bürgerschaftlichen Dialog zu Fragen der zukünftigen Ausrichtung der Stadt- und Gemeindeentwicklung unter den Bedingungen von Schrumpfung in Gang zu setzen und in Form einer kontinuierlichen Bürgerbeteiligung zu verstetigen. Hierbei sollte auch auf (übertragbare) Erfahrungen des seit zehn Jahren bestehenden Programms „Stadtumbau Ost“ zurückgegriffen werden.

Daneben erscheint es, wie von Weber vorgeschlagen, sinnvoll, auf lokaler Ebene eine Koordinations- und Beratungsstelle einzurichten („Kümmerer“⁷⁰), die sich einerseits explizit mit lokalen Fragen und Problemlagen von Schrumpfung insgesamt beschäftigt (Beobachtung, Erstellung von regelmäßigen Berichten und Empfehlungen, Teilnahme an Fachveranstaltungen, zeitnahes Reagieren auf die Veränderung von Angeboten der lokalen Daseinsvorsorge) und über die andererseits im Bedarfsfalle einzelnen Bürgern Hilfe und Unterstützung bei der Lösung von konkreten Alltagsproblemen gegeben werden kann, die mit veränderten sozialen Hilfestrukturen in Zusammenhang stehen. Die Einrichtung einer derartigen lokalen Koordinations- und Beratungsstelle könnte in Rahmen der jeweiligen Stadt- oder Gemeindeverwaltung oder bzw. ergänzend im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit erfolgen.

Im folgenden Abschnitt sollen die Potentiale und Grenzen zivilgesellschaftlicher Teilhabe im ländlichen Raum insbesondere mit Blick auf ihren Beitrag zu einer zukunftsfähigen Sicherung der Daseinsvorsorge genauer beleuchtet werden.

⁷⁰ Vgl. Weber 2011a, b

Die Rolle der ländlichen Zivilgesellschaft bei der Sicherung der Daseinsvorsorge

Bei der Sicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge werden in den letzten Jahren in zunehmendem Maße auch geeignete Beiträge zivilgesellschaftlicher Akteure diskutiert. Begründet wird dies damit, dass die Bürger selbst Verantwortung übernehmen müssten, sonst drohe eine „völlige Verödung“. So sollten die Bürger zumindest teilweise solche Aufgaben übernehmen, die durch den Staat nicht mehr erbracht werden können. Angesichts gestiegener Erwartungen an die Qualität öffentlicher Güter und Dienstleistungen bei gleichzeitig chronischer Finanzknappheit der Kommunen fallen der Zivilgesellschaft neue Aufgaben zu, wie das Berlin-Institut dazu in einer Studie hervorhebt: „Die Unfähigkeit des Staates, alle Erwartungen zu erfüllen, soll durch eine größere Eigenverantwortung der Bürger für Lebensrisiken und ihr Lebensumfeld beantwortet werden - von der Kinderbetreuung über die Pflege bis zur Altersvorsorge. Selbstorganisiertes, freiwilliges Engagement von Bürgern für ihre Gemeinschaft soll lokale, aber auch übertragbare Lösungen finden, Probleme mildern und Lebensqualität erhalten - kreativ, Gemeinschaft stiftend und kostengünstig. Deshalb wird ehrenamtliches, bürgerschaftliches, bürgerliches oder eben freiwilliges Engagements allerorts gelobt und mehr und mehr auch eingefordert“. ⁷¹ Der ländlichen Zivilgesellschaft, wie sie im Folgenden auch genannt werden soll, wird damit eine entscheidende Rolle im Hinblick auf den weiteren Schrumpfungsprozess zugesprochen. Nicht nur wie, sondern auch ob eine Kommune schrumpft, kann damit vom Wirken der ländlichen Zivilgesellschaft beeinflusst werden, was eher positiv, d. h. als Chance für den ländlichen Raum verstanden werden soll. Nach Philipp Oswald erfordere die „Krise des Status quo ... neue Lösungen und ein neues Austarieren des Zusammenspiels von Staat, Zivilgesellschaft und privater Wirtschaft“. ⁷² Neue Praktiken und Projekte der bürgerschaftlichen Selbstorganisation könnten „Teile der Daseinsvorsorge in neuer Form“ gerade in dünn besiedelten oder schrumpfenden Regionen gewährleisten. Der Staat sollte sich „im Sinne eines kooperativen Gewährleistungsstaats neu formieren“, aber nicht zurückziehen, sondern Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement schaffen. ⁷³ Eine zentrale Rolle kommt dabei den sogenannten „Raumpionieren in ländlichen Regionen“ zu, die experimentieren und neue Lösungen entwickeln. Jürgen Aring geht diesbezüglich noch weiter. Er sieht den Rückzug der Gesellschaft aus der Fläche als „inverse Frontiers“, als eine Art „umgekehrtes Grenzland“. ⁷⁴ Sogenannte „Selbstverantwortungsräume“, die sich

⁷¹ Siehe Berlin-Institut 2011b, S. 2 f.

⁷² Siehe Oswald 2013, S. 11

⁷³ Vgl. ebenda, S. 12 f.

⁷⁴ Siehe Aring 2013, S. 42 ff.

durch eine neue Form der Verantwortungsübernahme auszeichnen, können danach neue Lösungen und die Übernahme von mehr Verantwortung durch die Bürger ermöglichen.⁷⁵

Diese weitgehenden Vorstellungen werfen grundsätzliche Fragen in Bezug auf die Rolle der ländlichen Zivilgesellschaft auf: Welche Aufgaben kann sie in welchem Maße und dauerhaft übernehmen? Welches Potenzial birgt das zivilgesellschaftliche Engagement auf dem Lande überhaupt, vor allem auch angesichts der Tatsache, dass gerade die ländliche Bevölkerung immer älter wird und stetig schrumpft? „Können einfache Bürger dazu beitragen, dass die Kinder einer Kommune besser gebildet, Läden und Kulturhäuser nicht geschlossen, Hilfsbedürftige gepflegt, eine Busverbindung aufrechterhalten wird? Können Freiwillige dafür sorgen, dass schrumpfende Regionen ihre Lebensqualität nicht verlieren?“⁷⁶ Hier ist zunächst darauf zu verweisen, dass ehrenamtliches bzw. zivilgesellschaftliches Engagement im ländlichen Bereich traditionell eine wichtige Rolle spielt, aber vorrangig in bestimmten Feldern, wie etwa der Kultur oder dem Brandschutz.⁷⁷ Andere Felder spielen demgegenüber eine geringere Rolle als in Städten. Hinzu kommt, dass für Leistungen, die normalerweise Bestandteil kommunalen Handelns sind, die Zivilgesellschaft bislang nicht systematisch in die Pflicht genommen wurde. Das ist auch nicht zufällig so, übernimmt doch die Zivilgesellschaft in der Regel zusätzliche Aufgaben, ihr Engagement führt also zu einer Erweiterung wohlfahrtsstaatlichen Handelns. Im Falle schrumpfender Kommunen ist aber nicht an eine Erweiterung des Leistungsspektrums gedacht, sondern es geht um die Aufrechterhaltung existierender Aufgaben kommunalen Handelns, das ist eine völlig neue Funktionszuschreibung.

Wie sieht nun das zivilgesellschaftliche Potenzial aus, insbesondere auch auf dem Land und speziell in schrumpfenden Regionen? Wie Untersuchungen zum freiwilligen Engagement hervorheben, zeigt sich dieses relativ stabil und hat sich in den letzten zehn Jahren weder im Umfang noch im Hinblick auf die Aktionsbereiche verändert. Danach ist ein reichliches Drittel aller Bürger freiwillig engagiert, das Gros davon allerdings in den Bereichen Sport, Freizeit und Geselligkeit. Knapp ein Fünftel der Engagierten ist im Bereich Soziales, Gesundheit und Pflege aktiv, lediglich elf Prozent engagieren sich aber für Ältere – hier liegt aber in Zukunft der größte Handlungsbedarf für schrumpfende Kommunen.⁷⁸ Der Anteil engagierter Bürger ist regional relativ ungleich verteilt, generell ist der Anteil Engagierter im Westen um ein Drittel höher als im Osten, in urbanen Regionen höher als in ländlichen und in wachsen-

⁷⁵ Siehe Aring 2013, S. 42 ff.

⁷⁶ Siehe Berlin-Institut 2011b, S. 3

⁷⁷ Vgl. auch Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 5

⁷⁸ Vgl. Berlin-Institut 2011b

den größer als in schrumpfenden Regionen.⁷⁹ Schon ein relativ oberflächlicher Blick zeigt eine sehr ungleiche räumliche Verteilung des zivilgesellschaftlichen Potenzials. Problematisch ist vor allem, dass der Anteil junger, gut qualifizierter Menschen relativ niedrig ist und, bedingt durch den demographischen Wandel und die anhaltende Abwanderung, in Zukunft weiter zurückgehen wird. Zahlenmäßig relativ stark vertreten sind dagegen die Altersgruppen der 55 bis 64-Jährigen sowie die der „jungen Rentner“ über 65 Jahre, die als Gruppen gesehen werden, „von der die Zivilgesellschaft in Zukunft profitieren kann“.⁸⁰ Es wird als große Herausforderung betrachtet, „Strukturen zu bieten, in denen sich ihr Engagement entfalten kann“.⁸¹ Schrumpfende Kommunen bzw. Regionen können insofern gerade nicht auf ein ausgeprägtes Potenzial zurückgreifen, im Gegenteil, sie haben es mit einem spezifischen Widerspruch zu tun: „Stark alternde und schrumpfende Regionen verlieren tendenziell jene gut qualifizierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger, die für den sozialen Zusammenhalt nötig wären. Freiwilliges Engagement steht also in demographischen Problemgebieten nicht nur vor besonderen kommunalen Herausforderungen – es findet auch in einem anderen Rahmen statt als in florierenden oder stabilen Regionen“.⁸² Außerdem schrumpft die Bevölkerung nicht nur stark, sie tendiert gleichzeitig auch zu weiterer Alterung. Darüber hinaus gibt es Bildungs- und Beschäftigungsprobleme, insbesondere bei der Jugend. „Obwohl unter diesen Bedingungen die Anforderungen an die Zivilgesellschaft steigen, wird die Aktivierung der Bürger eher erschwert, da Regionen mit Bevölkerungsrückgang besonders ihre aktivste und gut gebildete Einwohnerschicht verliert“.⁸³

Um es zuzuspitzen: Gerade die schrumpfenden Kommunen und Regionen, die am stärksten auf zivilgesellschaftliches Potenzial angewiesen sind, besitzen dieses am wenigsten und/oder verlieren es am schnellsten. Schrumpfung schwächt demnach die soziale und kulturelle Basis für zivilgesellschaftliches Engagement zusätzlich. Nach Jahrzehnten der Abwanderung fehlen häufig Initiatoren und Organisatoren, kreative Ideen und neue Projekte, gerade auch angesichts neuer bzw. sich verschärfender Problemlagen. Statt neue Aufgaben zu übernehmen, steht die ländliche Zivilgesellschaft daher eher vor dem Problem, die traditionellen Aufgaben überhaupt weiter erfüllen zu können. Auf der anderen Seite führt Schrumpfung zu neuen bzw. verschärften Problemlagen in unterschiedlichen gesellschaftlichen und nicht zuletzt politischen Bereichen. Schrumpfung ist zudem mit Konflikten verbunden: Kürzungen und Strei-

⁷⁹ Vgl. Generali Deutschland 2008; BMFSFJ 2010; Berlin-Institut 2011b

⁸⁰ Siehe Berlin-Institut 2011b, S. 3

⁸¹ Siehe ebenda, S. 3

⁸² Siehe ebenda, S. 6

⁸³ Siehe ebenda, S. 6

chungen kommunaler Aufgaben – oft verbunden mit dem Abbau von Leistungen der Daseinsvorsorge – verlaufen in der Regel nicht reibungslos. Dieser Prozess ist somit potenziell konfliktthaltig: Das können begrenzte Auseinandersetzungen sein, es kann sich aber auch um übergreifende Konflikte handeln, wie etwa die Protestaktionen gegen die Schließung kleiner Sparkassen in 2001 oder gegen die Schließung ländlicher Schulen in Ostdeutschland in 2003 zeigen. Konfliktpotenzial birgt darüber hinaus die Problematik des Wohnungs- bzw. Häuserleerstands, wie die hiermit zum Teil verbundenen Vorschläge und Forderungen nach Abrissen bzw. der Absiedelung ganzer Ortschaften zeigen.⁸⁴ Unausgesprochen werden der ländlichen Zivilgesellschaft somit zusätzliche Konflikte zugemutet bzw. es wird implizit eine erhöhte Konfliktfähigkeit erwartet.

Es ist sicher richtig, die Potenziale der Zivilgesellschaft zu aktivieren und auszuschöpfen, aber darin kann keine generelle Lösung für die Probleme schrumpfender Kommunen gesehen werden. Die ländliche Zivilgesellschaft ist nur begrenzt belastbar und sie ist nicht für alle Aufgaben zu gewinnen bzw. einzusetzen. Wie unterschiedliche Untersuchungen zeigen, ist insbesondere das zivilgesellschaftliche Engagement auf dem Lande auf Unterstützung angewiesen: Das betrifft die Ausstattung mit adäquaten Ressourcen und Kapazitäten ebenso wie die Erweiterung von Kompetenzen und Entscheidungsspielräumen.⁸⁵ Punktuelle Lösungen sind erfreulich, können aber nicht ohne Weiteres in die Fläche übertragen werden, da sie voraussetzungsvoll sind. Das betrifft insbesondere auch die von sog. Raumpionieren entwickelten Ideen, Lösungen und Projekte.⁸⁶

Was vor allem auch gebraucht wird, ist eine längerfristige Perspektive für das zivilgesellschaftliche Engagement selbst, das ansonsten tendenziell entwertet wird.⁸⁷ Aktive sprechen in dem Zusammenhang auch von den „Frustrationskosten des Engagements“.⁸⁸ Die ländliche Zivilgesellschaft kann nicht auf Dauer und nicht ohne Weiteres eine Fülle neuer Aufgaben übernehmen. Falls sie dazu in die Lage versetzt werden soll, bedarf sie vielmehr umgekehrt selbst der Stabilisierung und Förderung. Sie muss in gewissem Maße mit Ressourcen ausge-

⁸⁴ Vgl. Oswalt 2013

⁸⁵ Vgl. Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 5

⁸⁶ Vgl. Faber/Oswalt 2013

⁸⁷ Vgl. Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 5

⁸⁸ Aussage eines Teilnehmers einer Bürgerveranstaltung zur Zukunft einer ländlichen Gemeinde in Brandenburg

stattet, beim Erwerb von Kompetenzen unterstützt, sozial und kulturell gefördert und nicht zuletzt politisch gestützt werden.⁸⁹

„Bürgerschaftliches Engagement ist kein ‚Königsweg‘ der künftigen Sicherung der Daseinsvorsorge, sollte also in seinen Möglichkeiten nicht überschätzt oder ideologisch überhöht werden.“⁹⁰ Gewiss sind auch von Seiten der ländlichen Zivilgesellschaft Beiträge zur positiven Ausgestaltung von Schrumpfung zu erwarten, aber im Hinblick auf den Umfang und die Zielrichtungen des zivilgesellschaftlichen Engagements sollte nicht erwartet werden, dass hierüber die Schrumpfungsprozesse prinzipiell aufgehalten oder gar rückgängig gemacht werden können.

Generell rücken die politische Steuerung und die Planung von Schrumpfungsprozessen auf dem Land stärker in den Fokus des öffentlichen Interesses wie auch der wissenschaftlichen Forschung. Die ländliche Zivilgesellschaft sollte dabei ein wichtiger Aspekt sein, der systematische Berücksichtigung verdient. Ganz allgemein geht es dabei um die Frage, wie die ländliche Zivilgesellschaft stabilisiert bzw. gestärkt werden kann. Durch wen und wie können die Bürger zu zivilgesellschaftlichem Engagement motiviert werden? Welche Rolle spielen dabei Politik und Verwaltung sowie existierende Netzwerke und Traditionen einerseits und neue Organisationen und Erwartungen andererseits? Nicht ausgespart werden kann dabei freilich „unziviles“ bzw. undemokratisches Engagement – wie soll damit umgegangen werden? Dabei wird es auch wichtig sein, (mögliche) Konflikte im Blick zu haben, denn gerade von ihrer Lösung hängt es ab, ob zivile Akteure gestärkt oder demotiviert werden. Schließlich sollte durch die Politik eine grundlegende Bestimmung der Rolle bzw. Funktion zivilgesellschaftlichen Engagements erfolgen: Was soll und was kann es für die Gewährleistung der Daseinsvorsorge bei der Bewältigung von bzw. Anpassung an die Schrumpfung leisten? Von der Beantwortung dieser Fragen hängt es nicht zuletzt ab, wie der Prozess der Schrumpfung vor Ort jeweils gestaltet und gesteuert wird. Was gebraucht wird, ist ein langfristiger, koordinierter Umgang mit ländlicher Schrumpfung, der die zivilgesellschaftlichen Beiträge einbezieht, ohne diese zu überfordern bzw. einseitig zu instrumentalisieren. Es ist zu überlegen, welche Beiträge dazu von Seiten der Landespolitik und -verwaltung geleistet werden können.

⁸⁹ Das Beispiel eines Freibads im Kreis Sondershausen, welches durch einen Bürgerverein seit Jahren vor der Schließung bewahrt wird, zeigt die Schwierigkeiten und den daraus resultierenden Unterstützungsbedarf: Einhaltung gesetzlicher Normen, Organisation des Dauerbetriebs, nötige Qualifikationen und gewisse Eigenressourcen (vgl. Berlin-Institut 2011, S. 10 f.)

⁹⁰ Siehe Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 5

Nachhaltige Entwicklung unter den Bedingungen von Schrumpfung

Nachhaltigkeit ist zwar im ländlichen Raum ein seit Jahren anerkanntes Leitbild der Entwicklung⁹¹, der wissenschaftliche und politische Nachhaltigkeitsdiskurs der letzten Jahre dazu stellt jedoch weitgehend auf Umweltaspekte ab⁹² und behandelt soziale und wirtschaftliche Aspekte nur randständig.⁹³ Im Vordergrund stehen vor allem naturschutzfachliche und ökologische Nachhaltigkeitsaspekte, bzw. auch die Umwandlung landwirtschaftlicher Räume in Naturschutzgebiete oder naturnahe Räume, welche bspw. neue Wirtschaftsimpulse in Form von „sanften“ Tourismuskonzepten liefern könnten. Die Beschäftigung mit nachhaltiger Dorfentwicklung, welche, insbesondere unter den quasi neuen Bedingungen von Schrumpfung, soziale, wirtschaftliche und ökologische Aspekte vereint, ist in Deutschland – und insbesondere in den neuen Bundesländern – ein derzeit (noch) wenig bearbeitetes Thema. Die Zahl der Veröffentlichungen und Projekte ist überschaubar und betrachtet Nachhaltigkeitsaspekte nur selten als Ganzes.⁹⁴ Auch in den programmatischen Stellungnahmen auf Bundes- und Landesebene sind, trotz häufiger Verweise auf die Notwendigkeit nachhaltiger Lösungen, nur selten Konkretisierungen darüber zu finden, welche Kriterien von Nachhaltigkeit bspw. bei der zukünftigen Gestaltung der einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge zu Grunde zu legen sind. Im Freistaat Sachsen ist, mit Einführung des sog. Demografie-Tests, bspw. zumindest für den Bereich „investiv-infrastruktureller Vorhaben“, an denen der Freistaat Sachsen durch Mittelzuwendungen selbst beteiligt ist, die Prüfung der späteren Kostenbelastungen für Kommunen und Bürger „unter Berücksichtigung von künftigen demografischen Rahmenbedingungen“ vorgeschrieben.⁹⁵

Mindestanforderungen an eine nachhaltige Entwicklung der Daseinsvorsorge ländlicher Städte und Dorfgemeinden unter den Bedingungen von Schrumpfung sind aus unserer Sicht:

- Kostenreduzierung und langfristige (demographische) Kosteneffizienz der Strukturen der Daseinsvorsorge

⁹¹ Vgl. Rink/Hartmuth/Huber 2005; Friedel/Spindler 2009

⁹² Vgl. bspw. Siebert/Laschewski 2009

⁹³ Vgl. bspw. Hüttl 2008

⁹⁴ Vgl. bspw. Woderich 2008; Geierhos 2006; Schürmann 2000

⁹⁵ Vgl. Sächsische Staatskanzlei 2011; Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI) 2011; vgl. weiterführend hierzu auch Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung 2012: ESYS – Entscheidungssystem zur Abschätzung des langfristigen Infrastruktur- und Flächenbedarfs

- Einsatz innovativer, auf der Nutzung regenerativer Ressourcen beruhender Verfahren insbesondere im Bereich der technischen Infrastruktur (Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Müllentsorgung; Verkehr)
- Etablierung moderner und langfristig tragfähiger Strukturen der Telekommunikation
- Generationenbezug (Flexibilität/ Gerechtigkeit)

Es lässt sich feststellen, dass kommunale Nachhaltigkeitspolitik in der Regel eine Art „Nebenpolitik“ darstellt, die gerade nicht jene Struktur bildenden bzw. -verändernden Qualitäten entwickelt, die mit dem Leitbild intendiert sind (Rink et. al. 2005, S. 164). In den letzten Jahren sind in einzelnen Politikfeldern ressort- bzw. politikfeldspezifische Konzepte erarbeitet worden, so z.B. planerische Konzepte zu nachhaltiger Regionalentwicklung oder nachhaltigem Tourismus. Daran können Pläne anknüpfen, die stärker integrativ ausgerichtet sind. Der Bezug zu Nachhaltigkeit kann der Kommunalpolitik und -verwaltung dabei helfen, ressortspezifische Handlungskompetenzen zu erweitern und kooperative Strukturen zu etablieren. Darüber hinaus bietet er Möglichkeiten der öffentlichen Kommunikation und Partizipation.

Grundlegende strategische Gestaltungsprinzipien für den ländlichen Raum

An Hand der im Rahmen der vorliegenden Broschüre analysierten Untersuchungen und Modellprojekte zeigt sich, dass in schrumpfenden ländlichen Kommunen im Hinblick auf die Anpassung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge ganz spezifische strategische Gestaltungsprinzipien eine übergreifende Bedeutung einnehmen bzw. zunehmend einnehmen werden. Hierzu zählen:

- die Zentralisierung und Bündelung von Strukturen, Ressourcen und Angeboten der Daseinsvorsorge
- die Etablierung dezentraler sowie flexibel, d.h. auch temporär modifizierbarer Struktur-, Angebots- und Organisationsformen der Daseinsvorsorge
- die organisatorische Vernetzung und räumliche Verbindung von Strukturen und Angeboten der Daseinsvorsorge
- die Etablierung mobiler Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge

- die gezielte Planung und Verstetigung regionaler und lokaler Synergien zwischen einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge.⁹⁶

Dies soll für einzelne Bereiche der Daseinsvorsorge im Weiteren genauer verdeutlicht werden. Hierbei wird auf den jeweiligen strategischen Ansatz, die hierzu bestehenden oder vorgeschlagenen Handlungskonzepte, die zu einzelnen Handlungskonzepten vorgeschlagenen Einzellösungen sowie auf regionale und lokale Beispiele verwiesen, bei denen ausgewählte Einzellösungen bereits erprobt bzw. erfolgreich umgesetzt wurden.

Wohnen, Siedlungsstruktur und Flächennutzung

Das Potenzial für den Zuzug von neuen Einwohnern ist vor dem Hintergrund des allgemeinen Bevölkerungsrückganges, der sich z.B. in Sachsen zwischen 2010 und 2025 voraussichtlich auf etwa 370 bis 502 Tsd. Einwohner belaufen wird,⁹⁷ sowie des nach wie vor anhaltenden Zuzugs junger Menschen in größere Städte⁹⁸ begrenzt. Dennoch verweisen verschiedene Untersuchungen auf die für schrumpfende Städte und Dörfer durchaus vorhandenen Potentiale, die demographische Entwicklung durch die Gewinnung neuer Einwohner zu stabilisieren bzw. den Einwohnerverlust zumindest zu verlangsamen.

Ein grundlegender strategischer Ansatz auf lokaler Ebene ist hierzu:

Den Wohnwert von leerstehenden Wohngebäuden oder von Bauplätzen in zentraler Ortslage auf neue Zielgruppen ausrichten und den (auch temporären) Zuzug neuer Bewohner aktiv begleiten

Für die Umsetzung dieses strategischen Ansatzes werden folgende operativen Handlungskonzepte und Einzellösungen empfohlen, zu denen bereits teilweise lokale Erfahrungen vorliegen (lokale Beispiele):

- Die schnelle Vermittlung und Nachnutzung leerstehender Gebäude und ungenutzter Grundstücke

⁹⁶ Vgl. unter anderem: BBSR 2010; Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 163; Hahne 2009, S. 4/5

⁹⁷ Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2011: Varianten 1 und 2 der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose. <http://www.demografie.sachsen.de/download/Bevoelkerungsentwicklung1.pdf>

⁹⁸ Vgl. unter anderem LfULG 2010a sowie Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) 2012

Lokale Beispiele:

- Interkommunale, internetgestützte „Grundstücks- und Gebäudevermittlungsbörse Wittlager Land“ ; Gemeinden Bad Essen, Bohmte und Ostercappeln, Niedersachsen ⁹⁹
- Kommunales Förderprogramm "Jung kauft Alt - Junge Menschen kaufen alte Häuser", Hiddenhausen, Nordrhein-Westfalen ¹⁰⁰

- Die aktive Unterstützung und Beratung von neu zugezogenen Einwohnern durch Verantwortliche der kommunalen Verwaltung
- Die Ermöglichung temporärer Nutzungsformen bei leerstehenden Wohn- und Gewerbegebäuden („Hauserhalt durch Nutzung“) und ungenutzten Grundstücken

Einzellösungen:

- zeitlich begrenzte Überlassung von Wohn- oder Gewerbegebäuden zum Betriebskostenpreis
- zeitlich begrenzte Überlassung von Wohn- oder Gewerbegebäuden und Grundstücken an sog. Raumpioniere

Lokale Beispiele:

- *Wächterhäuser*, bisher nur in größeren Städten wie Leipzig, Chemnitz und Görlitz, Sachsen und Halle, Sachsen/ Anhalt
- Zeitlich begrenzte Überlassung des in Kirchenbesitz befindlichen Pfarrhauses einschließlich Grundstück und dazugehörigen Landwirtschaftsflächen an die Grüne Liga Sachsen e.V. Leipzig mit Instandhaltungs- und Pflegeauflagen, Rüdigsdorf, Sachsen

- Die langfristige Ausrichtung auf spezifische, lebensstilgebundene Wohnvorstellungen sowie gezielte Förderung und Gestaltung der hierfür notwendigen lokalen Rahmenbedingungen (Herstellung lokaler Alleinstellungsmerkmale)

⁹⁹ Vgl. DVS: <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/wettbewerb-2011/leerstandscheck-wittlager-land/>

¹⁰⁰ Vgl. Bertelsmann-Stiftung: Demographie konkret online:
<http://www.demographiekonkret.de/Hiddenhausen.949.0.html>

Lösungen:

- „Künstlerdorf“
- „Öko-Dorf“
- (Zweit-) Wohnorte für Senioren ¹⁰¹

Die Möglichkeiten, die sich im Rahmen eines so ausgerichteten Handlungskonzeptes ergeben, können von ländlichen Städten und Dorfgemeinden nicht uneingeschränkt aufgegriffen werden, sondern sind an spezifische Voraussetzungen gebunden wie bspw. die Akzeptanz einer solchen Ausrichtung auf Seiten der „Alt“-Bewohner oder die spezifische Attraktion einer landschaftlichen oder siedlungsstrukturellen Umgebung. Letztlich müssen solche Orte wachsen.

- Regelmäßige und zielgruppenbezogene Kommunikation der lokalen Wohnwerte und Vorzüge in lokalen und überregionalen Medien

Ein weiterer strategischer Ansatz, der sich auf lokaler Ebene insbesondere auf die Anpassung der Siedlungsstruktur als Ganzes bezieht ist:

Den Leerstand verringern und die weitere Perforation der Siedlungsstruktur durch innovative Umnutzung leer stehender Gebäude und ungenutzter Grundstücke verhindern

Für die Umsetzung werden wiederum folgende operativen Handlungskonzepte und Einzellösungen empfohlen, die durch lokale Beispiele untersetzt sind:

- Verkauf und/oder Umnutzung leerstehender, öffentlicher Gebäude

Einzellösungen:

- Umnutzung und Umbau der ehemaligen Sekundarschule (Wohnen und Räume für Sozial- und Gemeinschaftseinrichtungen), Bismark, Sachsen-Anhalt ¹⁰²
- Erhalt historisch wertvoller Gebäude durch innovative und diversifizierte Umnutzung

Lokale Beispiele:

¹⁰¹ Vgl. Hahne 2009, S. 15; Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 84

¹⁰² Vgl. DVS: <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/wettbewerb-2011/umbau-schule/>

- *Erlichthof*, Umsetzung denkmalgeschützter Schrotholzhäuser und diversifizierte Umnutzung als Museum sowie für gewerbliche, gastronomische und touristische Zwecke, Rietschen, Sachsen
 - *Hof Viehbrook*, (geplante) diversifizierte Umnutzung eines landwirtschaftlichen Resthofes für Landwirtschaft, Gastronomie, Bildung, Pädagogik, Nahversorgung und Freizeitangebote, Rendswühren, Schleswig-Holstein ¹⁰³
- Sicherung der innerörtlichen Attraktivität durch Rückbau und Abriss nicht mehr erhaltungsfähiger Gebäude sowie durch Umnutzung und Aufwertung von Brachflächen.

Nahversorgung

Die Nahversorgung ist ein Bereich der Daseinsvorsorge, der durch die kommunalpolitischen Akteure strategisch nicht direkt beeinflusst und ausgestaltet werden kann, da es sich bei den Trägern der Strukturen und Angebote in der Regel um private Unternehmen handelt, die nach betriebswirtschaftlichen Kriterien agieren. Auch hier ist Steinführer et al (2012) zuzustimmen, dass die gegenwärtig zu beobachtenden Veränderungen der Versorgungsstrukturen und –formen, wie etwa die durch Etablierung von großen Einzelhandelsmärkten ausgelöste Zentralisierung und Ausdünnung einerseits oder die Kompensation lokal wegfallender Strukturen und Angebote durch mobile Kleinanbieter andererseits, ein Prozess ist, der auch in konzeptioneller Hinsicht bisher eher von den privaten Anbietern getragen wurde und wird. Dennoch ergeben sich, wie verschiedene Untersuchungen und Modellprojekte zeigen, für die kommunalpolitischen Akteure eine Reihe von Möglichkeiten, die lokalen Rahmenbedingungen für die lokale und regionale Versorgung und die hier aktiven Unternehmen auch in strategischer Hinsicht positiv zu beeinflussen. ¹⁰⁴ Hierbei sind zugleich Unterschiede zwischen den einzelnen ländlichen Siedlungstypen (Kleinstadt, Dorf, kleine dörfliche Orte) zu setzen.

In der überwiegenden Mehrheit der ländlichen Kleinstädte ist, wie bereits oben dargestellt, die lokale Versorgung in den meisten Bereichen zumindest grundlegend gewährleistet. Dies hängt damit zusammen, dass die meisten ländlichen Kleinstädte nach wie vor selbst als Versor-

¹⁰³ Vgl. DVS: <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/wettbewerb-2011/hof-viehbrook/>

¹⁰⁴ Vgl. unter anderem: Hahne, 2009, S. 8f.; BMVBS 2011, S.73 ff., Sächsischer Städte- und Gemeindetag (SSG), 2012, S. 36

gungszentren der umliegenden Dorfgemeinden und ländlichen Orte fungieren. Wie z. B. auch bei einer der beiden untersuchten Modellgemeinden deutlich wurde, liegen die Anforderungen für die ländlichen Kleinstädte eher in der weiteren qualitativen Verbesserung und punktuellen Erweiterung einzelner Strukturen und Angebote.

Die bisherigen Veränderungen und zukünftigen Herausforderungen betreffen vorrangig die Dörfer und kleinen dörflichen Orte. Als grundlegende strategische Herangehensweise zeichnet sich hier ab:

Vernetzung der Strukturen und Flexibilisierung der Angebote

Die hierzu vorgeschlagenen operativen Handlungsansätze sind grundlegend auf die Sicherung der Rentabilität und damit auf den Fortbestand der lokalen Nahversorgungsunternehmen ausgerichtet:

- Vernetzung und räumliche Verbindung von Versorgungsstrukturen und –angeboten

Lösungen:

- Nachbarschaftsladen
- Dörfliches Einkaufszentrum
- Dorfzentrum mit der Verbindung von konsumtiver Versorgung, privaten Dienstleistungen, öffentlichen Verwaltungsdienstleistungen, Gesundheitsversorgung sowie kulturellen und sozialen Angeboten

Lokale Beispiele:

- „MarktTreff - Ländliche Dienstleistungszentren“, Schleswig-Holstein;
- „DORV – Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung“, Nordrhein-Westfalen
- „Komm-In“ - Nahversorgungszentren in kommunaler Trägerschaft, Baden-Württemberg
- „Marktwert“ Datterode, Hessen

Bei den hier angeführten Beispielen ist der Einsatz von zusätzlichen, öffentlichen Fördermitteln nach bisherigen Erfahrungen in der Regel mindestens für die sogenannte Startphase, oftmals aber auch über einen längeren Zeitraum erforderlich.

- Mobile Versorgungsangebote

Lösungen:

- Mobiler Bäcker- und Fleischerladen; mobiler Verkauf anderer Waren des täglichen Bedarfs
- mobile Dienstleistungen (Apotheken, Banken)

Lokale Beispiele:

- mobiler Sparkassenbus, Landkreis Harz ¹⁰⁵

- Einrichtung von reduzierten bzw. variabel gestalteten Öffnungszeiten in lokalen Nahversorgungseinrichtungen

- Kooperation mit größeren, regionalen Einzelhandelsunternehmen beim Wareneinkauf

Lokale Beispiele:

- Einkaufs- und Lieferkooperation des Dorfladens mit *TEGUT*, Gertenbach, Hessen
- Einkaufs- und Lieferkooperation des Dorfladens mit *REWE*, Datterode, Hessen ¹⁰⁶
- mobiler Sparkassenbus (Landkreis Harz)

Technische Infrastruktur

Der Bereich der technischen Infrastruktur zählt, wie bereits mehrfach dargestellt, zu den Bereichen der Daseinsvorsorge, die zum einen besonders demographiesensibel sind und in denen zum anderen innovative, d.h. mit dem technischen Fortschritt verbundene Anpassungsstrategien und Handlungskonzepte gegenwärtig am häufigsten zu beobachten sind. Einige Autoren sprechen z. B. im Hinblick auf die nachhaltige Anpassung von Strukturen der Energieversor-

¹⁰⁵ Vgl. Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 101ff.

¹⁰⁶ Vgl. unter anderem: Hahne 2009, S. 5 ff.; BMVBS 2011, S. 75

gung mittlerweile sogar von einer Vorreiter-Rolle ländlicher Kommunen, welche oftmals zugleich mit neuen Formen der Eigentumsbeteiligung verbunden ist.¹⁰⁷

Im ländlichen Raum gibt es eine immer größer werdende Zahl an Gemeinden und Dörfern, die unter Nutzung von Sonne, Wind und geo-thermischen Ressourcen selbst zum Energieproduzenten werden. Die Energiewende ist auf dem Land bereits in vollem Gange und kann einen „Kulturwandel und eine umfassende Transformation des ländlichen Raums“ bewirken.¹⁰⁸

Als zentraler strategischer Ansatz gilt hier übergreifend:

Dezentralisierung der Strukturen, Nutzung nachhaltiger Verfahren sowie Etablierung neuer Formen der Eigentumsbeteiligung

Adäquate Handlungskonzepte, Einzellösungen und lokale Beispiele hierfür sind:

- Dezentrale Energieversorgung auf Basis nachwachsender Rohstoffe

Lokale Beispiele:

- Bioenergiedorf Jühnde, Niedersachsen (Eine Biogasanlage und ein Biomasse-Heizwerk erzeugen hier ca. 200 Prozent des lokalen Strombedarfs)¹⁰⁹
- Beteiligung der Einwohner an der Finanzierung, der Etablierung, den Kosten- und ggf. Gewinnvorteilen dezentraler (lokaler oder regionaler) Lösungen der Energieversorgung

Lösungen:

- Bürgerwindparks¹¹⁰
- Bürgersolaranlagen
- lokale Erzeuger-Genossenschaften (Beteiligung von Einwohnern, ortsansässigen Privatunternehmen und der Kommune)

¹⁰⁷ Vgl. Kunze 2012

¹⁰⁸ Siehe Kunze 2012

¹⁰⁹ Vgl. Hahne 2009, S. 13

¹¹⁰ Vgl. Hahne 2009, S. 13

Lokale Beispiele:

- Bürgersolaranlage Rietschen, Sachsen
 - Genossenschaftsmodell (Strom- und Wärmeversorgung) im Bioenergiedorf Jühnde, Niedersachsen
- Rückkauf von Leitungsnetzen durch Kommunen nach Auslauf von Konzessionsverträgen¹¹¹

Lokale Beispiele:

- Re-Kommunalisierung des Stromnetzes in Wolfhagen, Hessen
- Einsatz dezentraler Klärtechnik und Nutzung dezentraler Wasserkreisläufe

Lokale Beispiele:

- Brunnentechnologie
 - dezentrale Aufbereitung und Wiederverwendung von Regenwasser
- Energetische Gebäudesanierung unter Berücksichtigung baukultureller und regionaltypischer Aspekte

Lokale Beispiele:

- kommunal und unter Beteiligung verschiedener lokaler Akteure erarbeiteter Leitfaden für die energetische Gebäudesanierung, Biosphärenreservat Bliesgau, Saarland¹¹²
- Weiterer Ausbau der lokalen Internetanbindung

Lokale Beispiele:

- lokale Funklösungen über die Bildung lokaler Interessengemeinschaften¹¹³
- Telekommunikationsgesellschaft Hochsauerlandkreis, Eine kreiseigene GmbH, Anbindung von 96% aller Haushalte mit einer Versorgung von mindestens 2 Mbits Downstream, Meschede, Nordrhein-Westfalen¹¹⁴

¹¹¹ Vgl. Hahne 2009, S. 13; Sächsischer Städte- und Gemeindetag (SSG), 2012, S. 33 ff.

¹¹² Vgl. DVS: <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/wettbewerb-2011/unser-dorffit-fuer-die-zukunft/>

¹¹³ Vgl. Steinführer/Kupper/Tautz 2012

Kinderbetreuung und Schulbildung

Strukturen und Angebote der Kinderbetreuung und schulischen Bildung sind Bereiche der Daseinsvorsorge, welche in direkter Weise die Lebensqualität junger Familien und in dieser Hinsicht bspw. auch die Entscheidung über den Zuzug in eine ländliche Stadt oder Dorfge-
meinde beeinflussen. Die Sicherung und das Vorhalten lokaler und regionaler Strukturen und Angebote der Kinderbetreuung und schulischen Bildung besitzen im Hinblick auf die nach-
haltige Stabilisierung der demographischen Entwicklung von Städten und Gemeinden des
ländlichen Raums deshalb eine zentrale Bedeutung.

Im Hinblick auf die Sicherung und Anpassung lokaler und regionaler Strukturen und Angebo-
te der Kinderbetreuung und schulischen Bildung lassen sich die gegenwärtig verfolgten Kon-
zepte und Vorschläge unter folgendem strategischen Ansatz zusammen fassen:

Zusammenlegung von Strukturen sowie Flexibilisierung der Strukturen und Angebote

Die hierzu verfolgten und vorgeschlagenen Handlungskonzepte sind bspw.:

- Stabilisierung der Schülerzahlen durch Verbindung und Zusammenlegung verschiedener
schulischer Bildungsgänge

Lösung:

- Zusammenlegung von Grund- und Regelschulklassen („Gemeinsames Lernen bis
Klasse 8“) ¹¹⁵

Lokale Beispiele:

- (geplantes) Schulzentrum (Grund- und Mittelschule) in Hainichen, Sachsen
- Erhaltung kleiner Schulstandorte durch Absenkung der Mindestschülerzahlen

¹¹⁴ Vgl. „Menschen und Erfolge“, Ideenwettbewerb des BMVBS:

<http://www.menschenunderfolge.de/beitrag.html?frame=../db/frontend.php/api/detail/id/942>

¹¹⁵ Vgl. BMVBS/ BBSR, 2011, S. 46; In Thüringen gibt es bereits mehrere Standorte mit Gemeinschaftsschulen, auch im ländlichen Raum. In Sachsen-Anhalt sind Standorte für Gemeinschaftsschulen geplant.

- Etablierung von Schulen in freier Trägerschaft

Lokale Beispiele:

- Freie Schule Rietschen, Sachsen

- Regionale Abstimmung und Optimierung der Schulstandorte nach Erreichbarkeitskriterien und Kosteneffizienz ¹¹⁶

Gesundheitsversorgung

Wie bereits im Kapitel 3 dargestellt, werden sich im ländlichen Raum die Strukturen und Angebote im Bereich Gesundheitsversorgung aufgrund der zunehmenden Alterung der Ärzteschaft und der nach wie vor unzureichenden Niederlassungsbereitschaft junger Ärzte und Ärztinnen in absehbarer Zukunft verringern. Parallel hierzu wird der Bedarf an Gesundheitsversorgung insbesondere aufgrund der Veränderung der demographischen Struktur der ländlichen Wohnbevölkerung in Richtung einer weiteren Alterung und der damit verbundenen Zunahme der Zahl hoch betagter (geriatrischer) Patienten nochmals zunehmen.

Um den sich anbahnenden Defiziten entgegen zu wirken, gibt es mittlerweile von Seiten verschiedener Akteure eine Reihe konzeptioneller Vorschläge, die sich in dem regional ausgerichteten Strategieansatz

Regionale Optimierung, Flexibilisierung und Vernetzung der Strukturen und Angebote

zusammenfassen lassen und folgende operative Handlungsvorschläge und -konzepte beinhalten:

- Regionale Abstimmung und Optimierung der Hausarztstandorte nach Erreichbarkeitskriterien und Grad der lokalen hausärztlichen Versorgung („Prioritäre Standorte“) ¹¹⁷
- Übernahme und Ausführung von Leistungen der medizinischen Grundversorgung durch Fachabteilungen von Krankenhäusern in den zentralen Orten ländlicher Regionen ¹¹⁸

¹¹⁶ Vgl. BMVBS/ BBSR, 2011, S. 42 ff.

¹¹⁷ Vgl. BMVBS/ BBSR, 2011, S. 50

- Regionale Etablierung geriatrischer Versorgungsnetzwerke für die medizinische Versorgung von Einwohnern mit Multimorbidität bzw. von hoch betagten Einwohnern (EW über 70 bzw. 80 Jahre)

Beispiele:

- *GeriNet*, Geriatrisches Versorgungsnetzwerk, Modellprojekt Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Standorte in Sachsen: unter anderem Landkreis und Stadt Leipzig, Görlitz, Dresden, Chemnitz, Radeburg (im Aufbau)
- Mobile Angebote der medizinischen Grundversorgung

Lokale Beispiele:

- Mobile Zahnarztpraxis, Region Uckermark, Brandenburg ¹¹⁹

Ein weiteres zentrales Augenmerk liegt auf der Verbesserung der Niederlassungsbereitschaft junger Ärzte und Ärztinnen in Städten und Gemeinden des ländlichen Raums. Die bisherigen, vor allem von den kassenärztlichen Vereinigungen der einzelnen Bundesländer hierzu initiierten Vorschläge und Handlungskonzepte münden in dem strategischen Ansatz:

Modifizierung und Verbesserung der Anreizsysteme für die Tätigkeit oder Niederlassung junger Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum

- Modifizierung des Vergütungssystems für Arztpraxen in ländlichen Räumen ¹²⁰
- Möglichkeit der fachärztlichen Weiterbildung in ländlichen (ambulanten) Praxen
- Anstellung von Ärzten in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), Sachsen-Anhalt

Beispiele:

- *Thüringen Stipendium*, monetäre Förderung und fachliche Anerkennung der fachärztlichen Weiterbildung in ambulanten Praxen des ländlichen Raumes (1.850 EURO Stipendium pro Monat und Stipendiat), Kassenärztliche Vereinigung, Thüringen ¹²¹

¹¹⁸ Vgl. ebenda, S. 50

¹¹⁹ Vgl. <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/wettbewerb-2011/zahnaerztliche-versorgung/>

¹²⁰ Vgl. BMVBS/ BBSR, 2011, 2011, S. 50

¹²¹ Vgl. Zenker 2012

- Zahlung von monetären Prämien an junge Nachwuchsärztinnen und -ärzte für die Niederlassung in ländlichen Städten und Dorfgemeinden

Beispiele:

- 60.000 EURO Niederlassungsprämie für die haus- und augenärztliche Niederlassung in Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes, Thüringen ¹²²
- 50.000 EURO „Sofort-Prämie“ für jede ambulante ärztliche Niederlassung in Städten und Gemeinden mit weniger als 25.000 Einwohnern, Bayern

Alten- und Behindertenbetreuung und –pflege

Wie bereits dargestellt, ist unter den Bedingungen demographischer Schrumpfung die zunehmende Alterung der Wohnbevölkerung in vielen ländlichen Städten und Dorfgemeinden der ostdeutschen Bundesländer, so auch im Freistaat Sachsen, ein mittlerweile nicht mehr umkehrbarer Prozess. Die Zunahme des Anteils und der Anzahl hoch betagter Einwohner stellt, wie oben beschrieben, zum einen neue Anforderungen an die lokalen Ressourcen einer altersspezifischen, d.h. geriatrischen Gesundheitsversorgung. Zum anderen entstehen vor dem Hintergrund des Wegbrechens traditioneller, sozialer Betreuungsnetzwerke sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht neue Bedarfe an spezifischen Formen der lokalen Altenbetreuung und Altenpflege, denen mit den bisherigen Versorgungsangeboten nur ungenügend entsprochen werden kann.

Ein strategischer Zugang, der sowohl für die Umsetzung auf lokaler als auch auf regionaler Ebene vorgeschlagen wird, ist hier:

Innovation und Flexibilisierung der Angebote

Adäquate lokale und regionale Handlungskonzepte sind danach:

- Erprobung und Verstetigung innovativer Formen der Alten- und Behindertenpflege

¹²² Vgl. ebenda

Lösungen:

- Tagesmüttersystem für alte und behinderte Menschen
- Pflegewohngruppen für alte und behinderte Menschen ¹²³
- Einrichtung von kommunal oder ehrenamtlich organisierten alten- und behindertenbezogenen Mobilitätsangeboten, welche eine bessere Erreichbarkeit von regionalen Gesundheits- sowie Betreuungs- und Pflegeangeboten ermöglichen (siehe folgender Abschnitt)

Erreichbarkeit und Mobilität

Die Erreichbarkeit regionaler Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge (Erreichbarkeitsstrukturen) wird mit Blick auf den zum Teil nicht vermeidbaren Wegfall lokaler Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge zunehmend eine zentrale, d.h. übergreifende Bedeutung einnehmen. Von der Funktionsfähigkeit regional optimierter Erreichbarkeitsstrukturen sind bereits heute und werden zukünftig noch stärker folgende Bereiche der Daseinsvorsorge abhängig sein:

- konsumtive Versorgung
- Kinderbetreuung, schulische Bildung und berufliche Ausbildung
- Gesundheitsversorgung
- Alten- und Behindertenbetreuung und -pflege
- Kultur

Im Hinblick auf die Anpassung und Optimierung der verkehrlichen Anbindung von ländlichen Städten und Gemeinden im regionalen Kontext werden gegenwärtig zwei grundlegende Strategien diskutiert:

1. Optimierung der verkehrlichen Anbindung unter Beibehaltung des Konzeptes der Zentralen Orte („Auffangorte“)

2. Bündelung von Funktionen der regionalen Daseinsvorsorge nach Erreichbarkeit und Lage („Verkehrsknotenpunkte“) ¹²⁴

¹²³ Vgl. BMVBS/ BBSR, 2011, S. 70

Letztlich handelt es sich hierbei um zwei strategische Ansätze, die sich aus unserer Sicht nicht ausschließen, sondern, insbesondere unter Berücksichtigung der konkreten Bereiche der Daseinsvorsorge, sinnvoll ergänzen können.

Auf lokaler Ebene lassen sich regional abgestimmte Anbindungen durch zusätzliche *innovative Angebote* weiter optimieren.

Bereits mit Erfolg praktizierte Handlungskonzepte hierzu sind:

- Ergänzung der regionalen ÖPNV-Verbindungen durch bedarfsregulierte, weiterführende Angebote vor Ort

Beispiele:

- Anrufbusse, Anruftaxis

- Ausbau und Optimierung von Mobilitätsangeboten im Rahmen der bürgerschaftlichen Selbstorganisation

Lösungen:

- Organisation von regelmäßigen Beförderungsangeboten durch ehrenamtliche Freiwilligendienste
- Organisation von Mitfahrgelegenheiten und Einkaufsdiensten im Rahmen der Nachbarschaftshilfe

Lokale Beispiele:

- ehrenamtlich betriebenes Bürgerbus-System, Hessen ¹²⁵
- Bürgerbus-System im Oberharz, Niedersachsen
- Bürgerbus-System in Rehburg-Loccum, Niedersachsen ¹²⁶
- *Bürger fahren für Bürger*, Interkommunal organisiertes Bürgerbus-System, Region Monheimer Alb-Altmühl Jura, Bayern ¹²⁷

¹²⁴ Vgl. unter anderem Hahne 2009, S. 7 ff.

¹²⁵ Vgl. BMVBS/ BBSR, 2011, S. 29

¹²⁶ Vgl. Hahne, 2009, S. 13; BMVBS 2011, S. 29

¹²⁷ Vgl. DVS: <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele/wettbewerb-2011/buergerbus-somit/>

Synergien planen und ausbauen

Anpassungsmaßnahmen in den einzelnen Bereichen der Daseinsvorsorge stehen oft in einem direkten Zusammenhang. Sinnvoll ist es daher, diese Verbindungen rechtzeitig zu berücksichtigen und einzuplanen sowie die daraus entstehenden Synergien gezielt zu fördern und zu nutzen.¹²⁸

Verbesserungen im Bereich der sozialen Infrastruktur wie die Sicherung und der qualitative Ausbau von lokalen Strukturen und Angeboten der Kinderbetreuung und schulischen Ausbildung beeinflussen bspw. die Zuzugsbereitschaft junger Paare und Familien, welche für die demographische Entwicklung einer Kleinstadt oder Dorfgemeinde, wie bereits deutlich gemacht wurde, eine Schlüsselrolle inne haben.

Die Sicherung und ggf. Verbesserung der öffentlichen Mobilitätsangebote sowie deren Ergänzung durch lokal organisierte Mobilitätsangebote, sichert oder erweitert, insbesondere für die zunehmende Anzahl betreuungs- und pflegebedürftiger Einwohner den Zugang zu lokalen und regionalen Betreuungs- und Pflegeangeboten und trägt somit zur Sicherung der Grundversorgung in den Bereichen Altenbetreuung und -pflege bei.

7. Diskussion und Ausblick

Die vorliegende Broschüre kann aufgrund der eingeschränkten, im Rahmen des Projektes zu Verfügung stehenden Ressourcen nur einen begrenzten Ausschnitt des bisherigen gesellschaftlichen Diskurses zu Fragen der nachhaltigen Anpassung ländlicher Städte und Gemeinden an die Prozesse von Schrumpfung wiedergeben. Der gesellschaftliche Diskurs darüber, welche Strategien und Handlungskonzepte zu einer dauerhaften Sicherung der Lebensqualität in den Städten und Gemeinden des ländlichen Raumes unter den Bedingungen von Schrumpfung insbesondere mit Blick auf die Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge beitragen können, ist im vollen Gange und wird auch in Zukunft wichtige Bereicherungen erfahren. Wie die vorliegende Broschüre ebenfalls ausschnittsweise aufzeigen kann, ist der mit diesem Dis-

¹²⁸ Vgl. BMVBS/ BBSR, 2011, S. 42 ff.; Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 163

kurs verbundene eigentliche Anpassungsprozess in vielen Landstädten und Dörfern ebenfalls bereits voll im Gange.

Auf Grundlage der im Rahmen der vorliegenden Broschüre vorgestellten Ergebnisse lassen sich folgende allgemeine Schlussfolgerungen und Empfehlungen ableiten:

Wie an vielen Stellen aufgezeigt werden konnte, können die Teilprozesse von Schrumpfung in sehr unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Stärke verlaufen und somit zu lokal stark variierenden Problemlagen führen, so dass die einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge von den Folgen und Effekten von Schrumpfung unterschiedlich stark betroffen sein können. Bei strategischen Entscheidungen im Hinblick auf die weitere Entwicklung und nachhaltige Anpassung der einzelnen Bereiche der Daseinsvorsorge ist die Berücksichtigung der jeweils spezifischen lokalen Problemlagen, Ressourcen und Potentiale sowie der regionalen Gegebenheiten deshalb von zentraler Bedeutung. Letztlich muss bzw. kann von den schrumpfenden Kommunen des ländlichen Raumes nicht in jedem Bereich der Daseinsvorsorge eine gleichermaßen umfangreiche Anpassungsleistung erbracht werden. Die Frage nach der Priorität einzelner Anpassungsaufgaben wird somit zunehmend an Bedeutung gewinnen und wurde zudem lokal bereits unterschiedlich entschieden.¹²⁹

Für die erfolgreiche Anpassung der Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge an die Prozesse von Schrumpfung ist auf Seiten der verantwortlichen Akteure der kommunalen Verwaltungen eine erhöhte Innovations- und Modernisierungsbereitschaft sowie eine Erweiterung der fachlichen Kompetenzen zu Fragen des nachhaltigen, ländlichen Stadt- und Dorfumbaus erforderlich. Hierzu sollten auf Landes- und Regionalebene entsprechende, kontinuierlich durchgeführte Weiterbildungsangebote sowie Möglichkeiten des interkommunalen Erfahrungsaustausches vorgehalten bzw. organisiert werden. Der Einsatz öffentlicher Fördermittel sollte zukünftig stärker auch auf diesen Bereich ausgerichtet werden.

Die Einbeziehung und Beteiligung von Einwohnern bei Fragen und Entscheidungen zur nachhaltigen Anpassung ländlicher Siedlungen an Schrumpfungsprozesse ist in den Landstädten und Dörfern bislang noch gering ausgeprägt. Für die erfolgreiche Anpassung ländlicher Städte und Dörfer an die Entwicklungsanforderungen von Schrumpfung wird es in Zukunft unab-

¹²⁹ Vgl. Steinführer/Kupper/Tautz 2012, S. 120f.

dingbar sein, die Einwohner einerseits umfassenderer zum Thema „Schrumpfung in ländlichen Raum“ sowie zu den damit verbundenen, jeweiligen lokalen Problemlagen zu informieren und die Bürgerschaft sowie andere soziale Akteure andererseits zugleich stärker in den Prozess der Entscheidungsfindung der Anpassung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge einzubeziehen. Letztlich sollte dieser Dialog in eine Verstetigung von geeigneten Strukturen und Formen der Bürgerbeteiligung münden. Hier sollten auch grundlegende Funktionsbestimmungen vorgenommen werden, was die Bürgerschaft bzw. die ländliche Zivilgesellschaft an Aufgaben bei der Gewährleistung der Daseinsvorsorge an Aufgaben übernehmen kann und soll.

Die erfolgreiche Anpassung von Strukturen und Angeboten der Daseinsvorsorge kann nicht allein auf lokaler Ebene bewältigt werden, sondern erfordert darüber hinaus die Etablierung und Verstetigung adäquater Strukturen der interkommunalen Kooperation und Steuerung. Auch hier ist zu prüfen, welche Ressourcen zur Verfügung stehen und welche Anpassungsaufgaben unter Berücksichtigung sowohl regionaler als auch lokaler Interessen prioritär zu verfolgen sind. Auch in diesem Bereich wird zukünftig eine öffentliche Förderung notwendig bleiben bzw. werden.

Unter den Bedingungen von Schrumpfung wird für den ländlichen Raum insgesamt gesehen zukünftig zu hinterfragen sein, ob und inwieweit das Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse bei der konkreten Ausgestaltung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge auch weiterhin zu Grunde gelegt werden kann.¹³⁰ Es geht um die Frage, ob die Perspektive auf das, was im ländlichen Raum an Bereichen und Strukturen der Daseinsvorsorge zur Sicherung der Lebensqualität zukünftig vorzuhalten ist bzw. vorgehalten werden kann, unter den Bedingungen weiter anhaltender Schrumpfungsprozesse gegebenenfalls korrigiert und in der Konsequenz angepasst werden muss. Wenn dies zuträfe, wäre eine entsprechende Modifikation gesetzlicher Rahmenbedingungen für explizit demografie-sensible Bereiche der Daseinsvorsorge wie bspw. der Schulbildung, der Gesundheitsversorgung, der Altenpflege und der technischen Infrastruktur nicht nur unausweichlich, sondern dringend geboten. Gleichwohl ist darüber hinaus davon auszugehen, dass es zwischen Siedlungen in urbanen Räumen einerseits und Siedlungen in ländlichen Räumen andererseits nie eine (kongruente) Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gegeben hat. Auch zwischen den ländlichen Räumen hat es, z.T. historisch

¹³⁰ Vgl. unter anderen Hahne 2009, S. 2

bedingte Unterschiede gegeben, die z.T. modifiziert fortwähren, z.T. durch neue Prozesse – wie insbesondere die deutsche Vereinigung – überlagert, verändert oder vertieft – werden.¹³¹

Die durch Bundes- und Landesmittel erfolgte Förderung von Modellprojekten sowie von regionalen oder lokalen Einzelvorhaben zu Fragen der nachhaltigen Anpassung ländlicher Städte und Gemeinden an die Prozesse von Schrumpfung hat sich im bisherigen Prozess der Suche nach und des konkreten Probierens von geeigneten konzeptionellen und operativen Lösungen als wertvoller und erfolgversprechender Baustein erwiesen, wenn gleich die bislang erzielten Wirkungen insbesondere mit Blick auf die Kriterien von Nachhaltigkeit noch als unzureichend eingeschätzt werden müssen. Die weitere Förderung von bundesweiten Modellprojekten sowie von regionalen und lokalen Einzelvorhaben zu Fragen der Gestaltung ländlicher Städte und Dörfer unter den Bedingungen von Schrumpfung ist auch in Zukunft unabdingbar und sollte insbesondere auch für unkonventionelle oder experimentelle Vorhaben offen gehalten werden. Gleiches gilt für den Informations- und Erfahrungstransfer auf Bundes- und Landesebene, welcher zukünftig zugleich noch stärker auf die Informationsbedürfnisse und Informationsressourcen der lokalen Akteure in den ländlichen Kommunen ausgerichtet werden muss.

Die öffentliche Wahrnehmung und Debatte zum ländlichen Raum in Ostdeutschland ist überwiegend von skandalisierenden Stichworten geprägt. „Vergreisung“, „Aussterben“ oder „verlorenes Land“ sind gängige Metaphern zur Charakterisierung der Entwicklung. Den Kleinstädten und Dörfern im ländlichen Raum wird oft jegliche Zukunftsfähigkeit abgesprochen. In extremen Szenarien wird sogar ausgemalt, wie Areale wieder der natürlichen Sukzession überlassen werden und Wildnis zurückkehrt. Eine der zentralen Metaphern dafür ist in den letzten Jahren die Rückkehr des Wolfes in einigen ländlichen Regionen in Ostdeutschland geworden. Da, wo der Mensch sich zurückziehe, übernehme er wieder die „Kontrolle“. Angesichts solcher Szenarien, die auf den mit der Schrumpfung verbundenen Kontrollverlust abstellen, hat die Politik wichtige Aufgaben in der öffentlichen Kommunikation. Zunächst geht es darum, den öffentlichen Diskurs zum Thema zu versachlichen, vor allem Informationen zur Schrumpfung sowie ihren Folgen und Begleiterscheinungen zu popularisieren. Darüber hinaus ist die Politik gefragt, positive Visionen und Handlungskonzepte zu entwickeln und dafür die betroffenen bzw. relevanten Akteure zu gewinnen.

¹³¹ Vgl. hierzu demnächst die Tagungsdokumentation auf: <http://www.demographie-online.de/index.php?id=21>

Fazit:

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Spezifik Ostdeutschlands in der überproportionalen Ausprägung von Abwanderung besteht, wodurch die ländlichen Räume schon seit einigen Jahrzehnten sinkende Bevölkerungszahlen zu verzeichnen haben. Die Abwanderung gewann nach der deutschen Vereinigung an Dynamik, ausgelöst durch Strukturwandel und Funktionsverluste. Verstärkt wurde dies durch die negative natürliche Bevölkerungsentwicklung: Verzeichnete der ländliche Raum in früheren Zeiten traditionell höhere bzw. hohe Geburtenraten, so sind gegenwärtig in einigen ländlichen Gebieten Ostdeutschlands (im Unterschied zu Westdeutschland) ausgesprochen niedrige Geburtenraten zu verzeichnen. Die Wahrnehmung dieser Entwicklung ist auf Seiten der beteiligten Akteure noch im Gang, sie wird in unterschiedlichem Maße als Entwicklungsproblem begriffen.

Die Geschichte der siedlungsstrukturellen Entwicklung der letzten Jahrhunderte war in Deutschland wie auch global fast ausschließlich von Wachstum geprägt, insofern ist durch die seit etwa Ende der 1980er Jahre einsetzenden Prozesse von Schrumpfung ein völlig neuartiger gesellschaftlicher Lernprozess in Gang gesetzt worden, der erst am Beginn steht. Schrumpfung ist kein Übergangsphänomen, sondern wird die siedlungsstrukturelle Entwicklung des ländlichen Raumes langfristig bestimmen und prägen. Eine zentrale Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung der Herausforderungen dieses neuen, auf lange Sicht unumkehrbaren siedlungsstrukturellen Entwicklungspfades ist die Bereitschaft aller beteiligten Akteure, sich auf den Gesamtprozess der „Verkleinerung“ einzulassen, d.h. „Schrumpfung nicht mit (einer) Verwaltung des Niedergangs gleichzusetzen, sondern als Neupositionierung“ zu betrachten¹³², welche völlig neue Konzepte und Lösungsansätze sowie mutige Korrekturen der bislang verfolgten kommunalen Entwicklungsleibilder erfordert. Die strategische Anpassung ländlicher Kommunen an demographische, siedlungsstrukturelle und funktionale Veränderungen bleibt somit eine herausfordernde, mit einer Vielzahl alternativer Gestaltungsoptionen verbundene Langzeitaufgabe, bei der alle beteiligten Akteure erst am Beginn stehen.

¹³² Siehe Weber 2011a, S. 2

8. Literatur und Internetquellen

Aring, Jürgen (2013): Inverse Frontiers – Selbstverantwortungsräume, In: Faber, Kerstin/ Oswald, Philipp (Hg.): Raumpioniere im ländlichen Raum. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig, S. 42-56.

Beetz, Stephan (2006): Ländliche Politik im demographischen Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 21-22/2006, S. 8-16.

Beetz, Stephan / Müller, Bernhard / Beckmann, Klaus J. / Hüttel, Reinhard F. (2009): Altern in Gemeinde und Region (Altern in Deutschland Bd. 5). Nova Acta Leopoldina NF Bd. 103, Nr. 367, Halle 2009.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hg.) (2011a): Die Zukunft der Dörfer. Berlin.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hg.) (2011b): Klamme Kommunen und engagierte Bürger. Was freiwilliges Engagement für die Regionen leistet. Berlin. (siehe auch unter: http://www.berlininstitut.org/fileadmin/user_upload/Die_demografische_Lage_2011/Auszug_Engagement.pdf; Zugriff, 22.2.2013).

Bernt, Matthias / Haus, Michael / Robischon, Tobias (Hg.) (2010): Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess. Darmstadt.

Bertelsmannstiftung: Wegweiser Kommune. <http://www.wegweiser-kommune.de/>
Stand: 4.10.2012

Bertelsmannstiftung (Hg.) (2012): Typ 8: Alternde kleinere Kommunen mit Anpassungsdruck. Wegweiser-kommune.de

Bose, Mark / Wirth, Peter (Hg.) (2007): Schrumpfung an der Peripherie. Ein Modellvorhaben und was Kommunen daraus lernen können. München.

Büchs, Sebastian (2010): Dorfumbau. Strategien zum Umgang mit der Baustruktur schrumpfender Dörfer. München.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung BBR (Hg.) (2004): Bevölkerungsprognose 2020. Bonn.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung BBR (Hg.) (2005a): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung BBR (Hg.) (2005b): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Werkstatt Praxis Heft 38. Bonn.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (2012): Binnenwanderung.
<http://www.bibdemografie.de/DE/DatenundBefunde/Wanderungen/Abbildungen/binnenwanderung.html?nn=3072754>.
Stand: Oktober 2012

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung BBSR (Hg.) (2009a): Ländliche Räume im demographischen Wandel. Bonn.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung BBSR (Hg.) (2009b): Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. (Begleitforschung). BBSR-Online-Publikation, Nr. 32/2009.

http://www.bbsr.bund.de/nn_23582/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2009/ON322009.html

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung BBSR (Hg.) (2010a): Raumkategorien 2010.
http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Raumtypen2010__vbg/Raumtypen2010__alt.html

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung BBSR (Hg.) (2010b): Regionale Daseinsvorsorgeplanung. Ein Leitfaden zur Anpassung der öffentlichen Daseinsvorsorge an den demographischen Wandel. Werkstatt: Praxis Heft 64. Berlin.

Bundesministerium des Innern BMI (Hg.) (2012): Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz BMELV Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend BMFSFJ (Hg.) (2010): Monitor Engagement. Freiwilliges Engagement in Deutschland 199-2004-2009. Kurzbericht des dritten Freiwilligensurveys. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS (Hg.) (2000): Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. Bericht der Kommission unter der Leitung von H. Lehmann-Grube. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS (Hg.) (2009): Region schafft Zukunft. Demografischen Wandel aktiv gestalten. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR (Hg.) (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Denkanstöße für die Praxis. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS (Hg.) (2012a): Pressemitteilung vom 06.06.2012, Laufende Nr. 105/2012.

<http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2012/105-bomba-10-jahre-stadtumbau-ost.html?linkToOverview=js>

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBS (Hg.) (2012b): Region schafft Zukunft. Ländliche Infrastruktur aktiv gestalten. Berlin.

Faber, Kerstin/ Oswalt, Philipp (Hg.) (2013): Raumpioniere im ländlichen Raum. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig.

Fahrenkrug, Katrin / Melzer, Michael (2008): Kleine Gemeinden im ländlichen Raum. In:
<http://www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/demographie/download/pdf/LaendlicherRaum.pdf>.
(Stand: 8.4.2011)

Friedel, Rainer / Spindler, Edmund A. (Hg.) (2009): Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege. Wiesbaden.

Forsthoff, Ernst (1938): Die Verwaltung als Leistungsträger. Stuttgart.

Geierhos, Maximilian / Ewald, Wolfgang-Günter / Schlosser, Franz (2006): Nachhaltige Landentwicklung: Antworten der ArgeLandentwicklung auf aktuelle Herausforderungen im ländlichen Raum. zfV, 131 (2006) 5, S. 242-250.

Generali Deutschland Holding AG/Prognos AG (Hg.) (2008): Engagementatlas 2009. Daten. Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Berlin.

Hahne, Ulf (2009): Zukunftskonzepte für schrumpfende ländliche Räume. Von dezentralen und eigenständigen Lösungen zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität und zur Stabilisierung der Erwerbsgesellschaft. In: Neues Archiv für Niedersachsen. Zeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesentwicklung. Heft 1/2009. Hannover, S. 2-25

Haller, Christoph / Altmann, Uwe (2010): Neue Stagnations- und Schrumpfungskonstellationen im Stadtumbau. Das Beispiel Eigentümerstandortgemeinschaften. In: Bernt, Matthias / Haus, Michael / Robischon, Tobias (Hg.): Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess, S. 58-77. Darmstadt.

Hannemann, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland – Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wirtschaftswachstum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 28 (7. Juli 2003), S. 16–23.

Harms, Bettina / Trunec, Katrin (2010): Wohnstandortwahl in ländlichen Räumen. Ergebnisse einer Befragung zur Wohnstandortwahl in Städten und Dörfern des ländlichen Raums in Sachsen. Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Schriftenreihe, H. 20/2010; unter http://www.smul.sachsen.de/lfl/publikationen/download/4860_1.pdf. Stand: 8.4.2011

Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1988): Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie. In: Friedrichs, Jürgen (Hg.): Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29, Opladen, S. 78-94

Henkel, Gerhard (2004): Der Ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart.

Hüttl, Reinhard F. / Bens, Oliver / Plininger, Tobias (Hg.) (2008): Zur Zukunft ländlicher Räume. Entwicklungen und Innovationen in peripheren Regionen Nordostdeutschlands.

Jurczek, Peter / Kotte, Gundula (2010): Der ländliche Raum in Sachsen – ein Raum mit Zukunft? Technische Universität Chemnitz, Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online (KrAo), Nr. 20. Chemnitz.

Kabisch, Sigrun / Bernt, Matthias / Peter, Andreas (2004): Stadtumbau unter Schrumpfungsbedingungen. Wiesbaden.

Kabisch, Sigrun / Linke, Sabine (2000): Revitalisierung von Gemeinden in der Bergbaufolgelandschaft. Opladen.

Kabisch, Sigrun; Steinführer, Annett; Haase, Annegret (2012): Reurbanisierung aus soziodemographischer Perspektive: Haushalte und Quartierswandel in der inneren Stadt. In: Brake, Klaus; Herfert, Günter (Hg.): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, 113–129

Köppen, Bernhard (2008): Demographischer Wandel im ländlichen Raum: neue planerische und politische Herausforderungen durch ein altbekanntes Phänomen. In: Geographie und Schule, 30 (2008) 172, S. 17-20.

Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ (2000): Bericht. Berlin

Krajewski, Christian (2010): Wandel der Wohnungsmärkte im ländlichen NRW – Kommunale Steuerungsmöglichkeiten und Handlungsansätze. Institut für Geographie, Universität Münster. PPT-Präsentation anlässlich des Workshop AK ländlicher Raum am 13.11.2010 in Vechta.

Kunze, Conrad (2012): Soziologie der Energiewende. Erneuerbare Energien und die sozio-ökonomische Transition des ländlichen Raums, Hannover.

Landesamt Sachsen (2010): <http://www.statistik.sachsen.de/>

Liebmann, Heike / Kühn, Manfred (2010): Regenerierung schrumpfender Städte. Stadtumbau als Ansatz für integrierte Städte. In: Bernt, Matthias / Haus, Michael / Robischon, Tobias (Hg.): Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess, S. 58-77. Darmstadt.

Linke, Hans-Joachim / Köhler, Tine (2010): Ansätze zum Siedlungsumbau bei sinkenden Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum. In: Flächenmanagement und Bodenordnung, 72 (Juni 2010) 3, S. 102-109.

MORO Modellprojekt Lommatzscher Pflege (2006): Effiziente und integrierte Infrastrukturversorgung im ländlichen Raum. Modellvorhaben der Bundesraumordnung im Themenschwerpunkt Demographie und Infrastrukturversorgung.
http://www.landesentwicklung.sachsen.de/download/Landesentwicklung/moro_lompflege.pdf

Müller, Dorit (2010): Ländliche Versorgung. Eine Erhebung alltäglicher Versorgung in sechs sächsischen Dörfern, in: Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Schriftenreihe, H. 18/2010. unter: http://www.smul.sachsen.de/lfl/publikationen/download/4849_1.pdf (Zugriff am 8.4.2011).

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2010): Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung Bauhaus Dessau 9. April 2010 bis 16. Oktober 2010. Berlin: Jovis.

Naßmacher, Hiltrud / Naßmacher, Karl-Heinz (1999): Kommunalpolitik in Deutschland, Opladen

Neu, Claudia / Beetz, Stephan / Brauer, Kai (2005): Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland. Wiesbaden.

Oswalt, Philipp / Rienerts, Tim (Hg.) (2006): Atlas der schrumpfenden Städte. Atlas of Shrinking Cities. Ostfildern

Oswalt, Philipp (2013): Der ländliche Raum ist kein Baum. Von den zentralen Orten zur Cloud. In: Faber, Kerstin/ Oswalt, Philipp (Hg.): Raumpioniere im ländlichen Raum. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig. S. 6-24.

Rink, Dieter (2005): Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. In: Kremer, Elisabeth (Hg.): Die anderen Städte. IBA-Stadtumbau Sachsen-Anhalt, S. 99-115. Berlin.

Rink, Dieter (2010): Schrumpfen als Transformationsproblem. Ursachen und Verlaufsformen von Schrumpfung in Ostdeutschland. In: Bernt, Matthias / Haus, Michael / Robischon, Tobias (Hg.): Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess, S. 58-77. Darmstadt.

Rink, Dieter / Hartmuth, Gerhard / Huber, Katja (Hg.) (2005): Raum für Nachhaltigkeit. Zur Kontextualisierung des Leitbilds. Berlin.

Röbber, Christian / Kunz, Angela (2010): Wandlungsmuster in ländlichen Räumen. Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Schriftenreihe, H. 22/2010, in: http://www.smul.sachsen.de/lfl/publikationen/download/4890_2.pdf (Zugriff am 8.4.2011).

Rosinak & Partner (Hg.) (2005): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und regionale Governance, ÖROK-Endbericht, Wien.

Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaates Sachsen LfULG (Hg.) (2010 a): Wandlungsmuster in ländlichen Räumen. Schriftenreihe. Heft 22/2010. Dresden.

Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie des Freistaates Sachsen LfULG (Hg.) (2010 b): Ländliche Versorgung. Schriftenreihe. Heft 18/2010. Dresden.

Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI) (Hg.) (2005): Zukunftschancen in Sachsen- Regionale Modellvorhaben zum demographischen Wandel. Dresden.

Sächsisches Staatsministerium des Innern (SMI) (2011): Landesentwicklungsplan 2012. Dresden

Sächsische Staatskanzlei (2007): Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei zur Förderung von Maßnahmen für die Bewältigung des demografischen Wandels (FRL „Demografie“) vom 7. Juni 2007. Dresden

Sächsische Staatskanzlei (2010): Den demografischen Wandel gestalten. Handlungskonzept. http://www.demografie.sachsen.de/download/Handlungskonzept_Demografie.pdf vom 27.04.2010

Sächsische Staatskanzlei (2011): Bericht der Sächsischen Staatskanzlei: Demografische Tragfähigkeit von Entscheidungen in der sächsischen Landespolitik. Einführung eines Demografietests. http://www.demografie.sachsen.de/download/Bericht_Fassung_Internet.pdf, 11. Januar 2011

Sächsische Staatskanzlei (2012a): Förderrichtlinie Demographie. <http://www.demografie.sachsen.de/1446.htm>. Stand: Oktober 2012

Sächsische Staatskanzlei (2012b): <http://www.demografie.sachsen.de/20923.htm>. Stand: Oktober 2012

Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) (Hg) (2012): Kommune 2020 – Die Zukunft der sächsischen Städte und Gemeinden. Dresden. http://www.ssg-sachsen.de/uploads/tx_rcaktuelles/Zukunftsbild_Ans.pdf

Schürt, Alexander (2012): Ländliche Wohnungsmärkte in Schrumpfungsräumen. BBSR. PPT-Präsentation anlässlich der Tagung des Arbeitskreises Geographische Wohnungsmarktforschung, Münster, 25. Oktober 2012

Spehl, Harald (Hg.) (2011): Leerstand von Wohngebäuden in ländlichen Räumen Beispiele ausgewählter Gemeinden der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. E-Paper der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Nr. 12. Hannover

Siebert, Rosemarie / Lutz Laschewski (2009): Nature Conservation and Biodiversity in the Northeast of Germany. In: Tovey, Hilary / Bruckmeier, Karl (Hg.): Rural Sustainable Development in the Knowledge Society. Ashgate.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2012): Geburten in Deutschland. Ausgabe 2012. Wiesbaden.

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hg.) (2011): 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose. <http://www.demografie.sachsen.de/download/Bevoelkerungsentwicklung1.pdf>.

Steinführer, Annett; Kupper, Patrick; Tautz, Alexandra (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden. Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Landbauforschung - vTI Agriculture and Forestry Research - Sonderheft 367. Braunschweig.

Weber, Gerlind (2011a): Gesundschrumpfen statt Gesundbeten, in: Schriftenreihe "Club Niederösterreich" - Interessensgemeinschaft ländlicher Raum, 6/2011, S. 28-33.

Weber, Gerlind (2011b): Gesundschrumpfen statt Gesundbeten. Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Raumplanung und ländliche Neuordnung. PPT-Präsentation anlässlich des Symposiums „Soziale Dorferneuerung“, St. Pölten, 10. November 2011.

Weiske, Christine / Kabisch, Sigrun / Hannemann, Christine (Hg.)(2005): Kommunikative Steuerung des Stadumbaus. Wiesbaden.

Weiß, Wolfgang (2007): Der Ländlichste Raum – Regional-demographische Begründung einer Raumkategorie. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Raumforschung und Raumordnung, Heft 3/4.2002. 60. Jg., S. 248-254.

Woderich, Rudolf (Hg.) (2007): Im Osten nichts Neues? Struktureller Wandel in peripheren Räumen. Münster.

Zapf, Wolfgang; Mau, Steffen (1994): Eine demographische Revolution in Deutschland? In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation. Berlin, S. 167-174

Zenker, Matthias (2012): Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die ambulante ärztliche Versorgung. PPT-Präsentation anlässlich des 8. Leipziger Forums Gesundheitswirtschaft, Leipzig 18.Oktober 2012